Einzelnummer 25 Pfg.

Aus der Landarbeiter- und Kleinbauernbewegung

Nr. 5. I. Jahrg. | Agrar-Beilage. | 29. Oktober 1921

„Mag der Bauer durch Ueberanstrengung seiner Person und seiner Angehörigen so viel leisten als er will, schon vom Standpunkt des Kulturmenschen aus ist seine Lage zu bedauern. Das Höchste, was er infolge von Ueberanstrengungen und Entbehrungen leistet, die moderne Technik und die Wissenschaft der Bodenbearbeitung leisten höheres. Vor allen Dingen aber ist die Anwendung der Technik und Wissenschaft allein imstande, auch den Bauern zum vollen Kulturmenschen zu machen, während er heute Sklave seines Besitzes und Helote seines Gläubigers ist."

(Bebel in „Die Frau und der Sozialismus". Stuttgart, Dietz.)

Hilft ein erweitertes Siedlungsgesetz?

Der Reichsbund für Siedlung und Pachtung hat dem Reichstag im September d. J. ein Ergänzungsgesetz zum Reichs-Siedlungsgesetz unterbreitet, dessen § 2 lautet:

„Wer an Land, Wiesen und Wald mehr als zwei Morgen Ackernahrungen (die in § 1 festgelegt worden sind) besitzt, ist verpflichtet, ein Drittel der die zweite Ackernahrung übersteigenden Fläche an den Bundesstaat, in welchem der Grundbesitz sich befindet, ohne Entschädigung abzutreten."

Dieser Antrag hat für den Siedlungsanwärter und für den Kleinbauern, der sein unzureichendes Land gern vergrößern möchte, zunächst etwas Bestechendes. Er birgt jedoch eine große Gefahr in sich. Ihm liegt die Anschauung zugrunde, als ob der landwirtschaftliche Kleinbetrieb das Ideal einer guten Bodenbewirtschaftung sei, die das Wohl der werktätigen Bevölkerung auf dem Lande wie auch in der Stadt garantiere. Das ist aber nicht der Fall. Der Großbetrieb ist, wie in der Industrie, so auch in der Landwirtschaft, dem Kleinbetrieb weit überlegen. Man denke doch nur, wieviel Land, wieviel Pfund Getreide allein durch die Abgrenzung der einzelnen Kleingrundbesitze verlorengeht, wieviele Arbeitskräfte ein Großbetrieb erspart, die anderweitig nutzbringend verwendet werden könnten. Nicht nur durch die Möglichkeit, die viel ertragreicheren modernen Maschinen anwenden zu können, werden im Großbetriebe Kräfte erspart, auch dadurch, daß an Stelle von Kleinbauern, die jeder hinter seinem kleinen Pfluge hergehen müssen, eine Arbeitskraft genügt, die den großen Dampfpflug bedient, und daß an Stelle von hundert Kleinbäuerinnen fünf oder zehn Arbeitskräfte in einer Großküche für dieselbe Menge Menschen das Essen bereiten können, und vieles andere mehr.

Aber hier eben liegt der Haken. Eine solche Kollektivarbeit ist unter kapitalistischer Herrschaft gar nicht möglich. Wer da im Großbetrieb wirtschaftet, der ist zugleich Privateigentümer, Ausbeuter von Lohnarbeitern; und für den Kleinbauern und die sonstigen Landhungrigen bleibt nicht genügend Erde übrig, um davon auch nur selbst auskömmlich zu leben.

Sollte deshalb aber der technisch überlegene und allein für die Ernährung der städtischen Bevölkerung in Betracht kommende Großbetrieb zerschlagen werden? Und ist auch nun dem Siedler und Kleinbauern mit der Maßnahme des Reichs-Siedlungs-Bundes wirklich geholfen? Was soll er mit dem Stückchen Land, das er zu seinem bisherigen Besitz erhält, anfangen? Zum Bewirtschaften gehört auch das nötige Gerät, der nötige Dünger, kurz Betriebskapital. Und hat er das? Kann er in genügendem Maße kaufen, was er zur Erhaltung und Förderung seiner Wirtschaft bedarf? Das Geld, das er sich während der Kriegszeit vielleicht in den Kasten gelegt oder das er auf die Bank getragen hat, das ist immer mehr entwertet. Heute ist die deutsche Mark nur noch etwa zwei Pfennige wert! Die Preise für alle Bedarfsgegenstände aber steigen noch immer höher. Was nützt da dem Siedler sein Land?

Wenn der Reichs-Siedlungs-Bund wirklich dem kleinen Manne helfend zur Seite treten will, wie er das auf sein Banner geschrieben hat, dann genügt es nicht nur, Land zu geben, dann muß auch der Weg gezeigt werden zur Beschaffung der notwendigen Betriebsmittel.

Die aber verschafft dem Siedlungsanwärter — wenn der Antrag des Reichsbundes für Siedlung und Pachtung im Parlamente überhaupt angenommen werden sollte — kein Mensch im kapitalistischen Staate, auch die Regierung nicht.

Der ungeheuren Not der Masse der Arbeiter, Kleinbauern, kleinen Beamten, Angestellten und Erwerbslosen kann nur ein Staat der arbeitenden Massen selbst grundlegend steuern, indem er die industriellen wie die Agrar-Kapitalisten restlos enteignet und die Fabriken und Güter von den Arbeitern selbst im Großbetrieb bewirtschaften läßt. Nur der Arbeiterstaat, die Räterepublik, wird auch den Kleinbauern, für deren Enteignung gar kein Grund vorliegt, das Land — einschließlich der nötigen Betriebsmittel — zuteilen können, das zur Ernährung der kleinbäuerlichen Familie fehlt.

Kartoffelnot und die Großgrundbesitzer.

In der Lausitz und in Schlesien herrscht Kartoffelnot. Die dortigen Junker und Großgrundbesitzer mieten ihre Kartoffeln ein, um die hohen Preise im Frühjahr abzuwarten. Motto: Arbeiter, zahle höhere Preise, dann bekommst Du Kartoffeln!

Ein Herr v. Martin glaubt nicht an die Zahlkraft der Arbeitenden. Er sucht deshalb andere Wege, um hohe Profite einzusacken. Er ist Besitzer des Gutes Dieska, Kreis Rothenburg (Schlesien), und läßt dort zur Zeit große Mengen Kartoffeln erfrieren.

Die Kartoffeln wurden aus der Erde ausgebuddelt, aber nicht fortgebracht und gelagert, sondern auf dem Felde liegen gelassen. Damit keine Kartoffeln gestohlen werden, hat der famose Gutsherr Tag und Nacht Wächter hingestellt. Durch die scharfen Nachtfröste sind die Kartoffeln für die Ernährung nicht mehr zu gebrauchen.

Warum ließ man die Kartoffeln erfrieren? Herr v. Martin hat eine eigene Brennerei! Die hohen Schnapspreise veranlassen diesen Menschenfreund, die Kartoffeln der menschlichen Ernährung zu entziehen, um so aus dem Hunger der Arbeiter klingende Münze zu prägen. Profit ist mein Vaterland!

Arbeitendes Volk, wie lange noch willst Du einem derartigen Treiben zusehen? Nur die Erringung der Verfügung über sämtliche Großgrundbesitze, verwaltet durch die im Interesse des arbeitenden Volkes wirtschaftenden Gutsräte, kann dieser Lotterwirtschaft ein Ende bereiten!

Kartoffelernte und Kartoffelpreise.

Geringer Ausfall der Ernte fördert die Preisentwicklung außerordentlich. „Der Kartoffelhandel", Organ der Kartoffelhändler versucht daher, den Ausfall der heurigen Ernte als möglichst schlecht darzustellen:

„Im großen und ganzen steht jedenfalls für dieses Jahr höchstens eine Mittelernte zu erwarten; und in allen Produktionsgebieten dürften die durchschnittlichen Hektarerträge um ein Erhebliches hinter den vorjährigen zurückbleiben; allerdings ist bei der Schätzung der gesamten, zur Verfügung stehenden Kartoffelmenge zu berücksichtigen, daß die Kartoffelanbaufläche in diesem Jahr beträchtlich vergrößert ist."

Die Konsequenz davon ist naturgemäß eine respektable Steigerung der Kartoffelpreise. Diese Steigerung wird noch verschärft durch den angeblich gewaltigen Mangel an Futtermitteln:

„Auch durch den außerordentlich geringen Ausfall der Futtermittelernte wird die Tendenz zur Preissteigerung für Kartoffeln verschärft, da zwischen Kartoffelpreisen und Futtermittelpreisen wechselweise Einwirkung besteht. Be-

ung
chen Internationale)
Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren
8 0,00 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche.
eins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk.
lmeterzeile, 3gespalten oder deren Raum
im Text 8.— Mk.

nd Ausverkauf — was Arbeiterklasse?

enhausse, Ausverkauf, Emporschnellen
ife, Spekulationskäufe, Hamstern und
chnellen der Preise — das kennzeichnet
tzten Wochen. Nicht zum ersten Male
he Katastrophe. Aber mit jedem Jahr
werden ihre Wirkungen unerträglicher.
offeln, der Zentner zu 80, zu 100 M.
Eisenbahnbetriebsräte melden, daß
3 mit diesem wichtigen Lebensmittel
ien rollen, wahrlich nicht um der Be-
riegebiet zur Speise zu dienen, sondern
ze geschoben zu werden. In Köln,
Rhein herrschen unhaltbare Zustände.
deutschen Valuta lockt ausländische
über die Grenze, wirkt als Export-
ndischen Schieber. Aber auch tief im
Kaufhäuser gestürmt, das kaufkräftige
ngstkäufe, Spekulanten reißen sich um
es wird gehamstert, aufgespeichert,
roßagrarier mieten ihr Getreide, ihre
warten seelenvergnügt auf das Früh-
ise noch mehr in die Höhe zu treiben.
Margarine, kurzum die wichtigsten
im Preise von Woche zu Woche. Die
n ohnmächtig zu. Die Parteien, die
n nennen, rufen nach Höchstpreisen,
, obwohl sie wissen, daß Höchstpreise
Beschlagnahme der Bestände nur die
vertreiben, obwohl sie wissen sollten,
n der Hand von bürgerlichen Richtern
kapitalisten nur Schwerter von Pappe

Volk aber hungert. Das arbeitende
Kapitalisten die Not ihres „Vater-
gen, um goldene Berge zu häufen, es
Leibe, wie ihm die Löhne abgebaut
durch, daß das Papiergeld entwertet,
darfsartikel erhöht wird. Und schon
licher Mangel nicht nur an Lebens-
ch an den sonstigen Artikeln des täg-
ie Konfektionäre erklären, sie seien aus-
n Waren werden 100 Proz. teurer sein.
ärt in der Schuh- und in der Wäsche-
kapitalisten fühlen keinen Mangel! Die
örsenjunker, die Schieber, die Wucherer
sein lassen. Es ist gute Zeit jetzt für
erer.

as arbeitende Volk tun an-
er hereinbrechenden Kata-
es sich damit begnügen, auf die Not-
Regierung zu warten, kann es sich ver-
icht der Bourgeoisie? Kann es sich der
, daß die augenblickliche Krise nur vor-
kein! Die Teurungswelle, die jetzt be-
weiter steigen. Die Regierungen haben
on sich aus zu durchgreifenden Maß-
ewillt noch fähig sind. Mit kleinen
nicht gedient. Wenn dem arbeitenden Volk geholfen werden soll, wenn die Teuerung nicht zur Hungersnot sich auswachsen soll, dann müssen folgende Notmaßnahmen sofort ergriffen werden:

1. Sofortige Schaffung von Erfassungskommissionen in Stadt und Land mit dem Rechte der Nachschau und Beschlagnahme von Waren und Lebensmitteln sowohl bei den Produzenten wie bei den Händlern sowie in Privathäusern.

2. Strengste Transportkontrolle auf allen Eisenbahnen und Landstraßen durch die Betriebsräte der Eisenbahner und Transportarbeiter, mit dem Recht, innerhalb des Rahmens allgemeiner Anweisung anzuhalten und zu beschlagnahmen.

3. Planmäßige Verteilung aller wichtigen Lebensmittel und Gebrauchsartikel durch die Kommunen unter Zuhilfenahme des technischen Apparates der Konsumgenossenschaften. Den Konsumgenossenschaften ist das Monopol der Verteilung an die Bevölkerung zu übertragen. Sie müssen das Recht der Beschlagnahme von Transportmitteln, Lagerräumen, Verkaufsstellen usw. erhalten. Kleinhändler sind von ihnen aus zu beliefern. Zur Kontrolle der Verteilung werden Konsumentenausschüsse gebildet aus der organisierten Arbeiterschaft. Für die einzelnen Provinzen und für das Reich ist eine Verteilungs-Ausgleichstelle zu schaffen.

4. Zur Durchführung dieser Maßnahmen ist eine Wucherpolizei aus der organisierten Arbeiterschaft zu bilden. Alle Verstöße gegen diese Ordnung sind vor zu bildende Arbeiterwuchergerichte zu bringen.

5. Die gesamte Ausfuhr ist in der Hand des Reichs zu monopolisieren. Sperrung der Grenzen durch die obengenannte Wucherpolizei.

Diese Forderungen sind Notmaßnahmen und [illegible] das Mindeste dar, was die arbeitenden Massen im

[illegible] Kenntnis genommen. Sie erblickt in dem territorialen und wirtschaftlichen Diktat, welches dadurch dem Deutschen Reich auferlegt wird, nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk, der sie wehrlos gegenübersteht, sondern auch eine Verletzung des Versailler Vertrages. Die Deutsche Regierung legt daher gegen den hierdurch geschaffenen Zustand ausdrücklich Verwahrung ein. Lediglich unter dem Druck der in der Note ausgesprochenen Drohungen, und um der deutschen Bevölkerung des oberschlesischen Industriegebietes die sonst bevorstehende Verelendung soweit wie möglich zu ersparen, sieht sich die Deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entsprechend die darin vorgesehenen Delegierten zu ernennen. Die Namen der deutschen Delegierten werden unverzüglich mitgeteilt werden.

Daß die wirtschaftlichen Bestimmungen der Oberschlesienteilung ein gutes Mittel für die deutsche Bourgeoisie sind, das Kleinbürgertum nationalistisch aufzuputschen und im Berliner Lustgarten Entrüstungsdemonstrationen in Szene zu setzen, hindert nicht, daß auch aus dem oberschlesischen Handel fette Millionen-Profite für das Kapital fließen. Die Aktien der Laurahütte sind an der gestrigen Berliner Börse von 678 auf 1500 Prozent gesprungen. Die Laurahütte mit fast allen ihren Anlagen liegt bekanntlich im polnisch werdenden Gebiet.

„Möglicherweise — so schreibt das „Berliner Tageblatt" — hängt diese Kurssteigerung aber gerade damit zusammen, daß die Kabinetts- und Reichstagskrise gestern in dem Sinne gelöst worden ist, daß eine neue Regierung gebildet wurde, die sich zu Verhandlungen mit Polen über die oberschlesische Wirtschaftsgemeinschaft bereit erklärt hat. Das „Tageblatt" faßt zusammen:

Auf das Bekanntwerden des Teilungsbeschlusses stiegen die Aktien derjenigen Gesellschaften, deren Anlagen hauptsächlich bei Deutschland bleiben, während die der polnisch werdenden Werke zur Abschwächung neigten. Nachdem die Deutsche Regierung sich grundsätzlich zu Verhandlungen über die Wirtschaftsgemeinschaft bereit erklärt hat, zogen die Aktien der polnisch werdenden Werke an

„Der deutsche Protest wirkungslos."

(EE.) Paris, 28. Oktober.

Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich mit dem Schreiben des deutschen Botschafters Dr. Mayer, das den Protest der Reichsregierung enthält. Hierzu erklärt das „Petit Journal", dieser Protest sei unzulässig. Die Botschafterkonferenz habe daher beschlossen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß der deutsche Protest als nicht eingetroffen und wirkungslos betrachtet werde. Deutschland habe keinerlei Meinung über die Entscheidung des Obersten Rates auszusprechen, Deutschland habe nur seine Bevollmächtigten zu ernennen. Dies tat Deutschland. Diese Ernennung muß als der Hinweis betrachtet werden, daß Deutschland ohne Vorbehalt und mit allen Folgen die Regelung der oberschlesischen Frage, die ihm bekanntgegeben wurde, annimmt. Die Redaktion der Antwortnote auf den deutschen Beschluß wurde gestern vorbereitet, der Wortlaut wird noch heute den Delegierten vorgelegt werden und Berlin übermittelt.

Diese Antwort ist ein Teil des großen Komödienspiels über Oberschlesien. Die Protestnote Wirths heuchelte „tiefe Enttäuschung", was nicht hinderte, daß die Kurse der polnisch werdenden Industrieaktien an der Berliner Börse turmhoch emporstiegen — ein Beweis, daß die oberschlesische Teilung und die Wirtschaftsbedingungen für die deutsche Bourgeoisie kein Verlust, sondern ein glänzendes Geschäft ist. Der entrüstete Notenwechsel, der schroffe Ton von hüben und drüben dient nur als Mittel zur nationalistischen Aufschreckung des Kleinbürgertums. Wirth wußte bei der Absendung der Entrüstungsnote ganz genau, daß die Entente sie lächelnd in den Papierkorb werfen würde.

Die neue Ententeantwort gibt der Wirthregierung die Möglichkeit zu einer neuen Märtyrergeste und unterstützt Stinnes in seinem Streben nach der „nationalen Einheitsfront" gegen das Proletariat.

Breslauer Na

An unsere Gen

Der große Erfolg, den wir durch für unsere Zeitung zu verzeichnen h falls veranlassen, nun im Glauben, haben, die Hände in den Schoß zu le während die Werbungen fortsetzen. das eroberte Neuland zu halten suc bestehenden ungünstigen Verhältniss lung werden uns aber dabei nicht f wir werden mit allerlei Schwierigk die solange fortbestehen, solange die dem Verlag vereint wird. Es ist Aufgabe, so schnell als möglich die seitigen, und schon die nächste Zeit n gestellte Aufgabe gelöst wurde.

Bis dahin aber müssen unsere G Mißstände kennen, helfend beispringe beiseite stehen. Sie müssen den neue allen Umständen die Zeitunger bestellten Exemplare ihren Weg in funden haben. Jeder Genosse, der hat, stelle sie sofort wieder dem Kolp damit dieser über die erneute Lieferu Auf diese Weise wird der bestehend gegengearbeitet, aber diese Handlung jeder Genosse bestrebt ist, Umstände die sich aus den schlechten momentan hältnissen ergeben, und für die heut wortlich gemacht werden kann. Je also schützend vor seine Sache.

Gegen die Konterrevolution in Ju

Im überfüllten Zentralballsaal Genosse Klein. Er ging zunäch Verhältnisse ein. Die Konterrevolu Schlesien halten jetzt ihre Zeit für ge teuer des Habsburger Karl zur Wi Monarchie wird nicht nur unterstützt aller Länder, es wird auch ein Anspi archisten in Deutschland. Ihnen wir Habsburgers keine Ruhe lassen. Di ist gelöst. Der Selbstschutz hat kein mehr. Diese Leute denken nicht daran sie keine Lorbeeren ernten gegenüber sie kämpfen gegen die Republik, gege

Die Verwaltungsorgane der P sonders die Polizei und Justiz, be diese konterrevolutionären Umtriebe können und schon bewiesen haben d der Zeitung und im Klein-Prozeß vo Die Polizei und Justiz schmeißt K fängnis monatelang wegen Verrats nisse. Sie erkennt also diesen Selbstsc

Gerade jetzt ist die Notwendigk Front der Arbeiter dringend. Die M Rüstungen soweit getrieben, um in zuschlagen. In dieser ernsten Zeit, die geringen Errungenschaften der S dem Spiel stehen, muß alles die Arbe treten. Alle Arbeiter, ob Sozialdem ob organisiert oder nicht, müssen erke die Monarchisten losschlagen, ein h als beim Kapp-Putsch. Da muß i kennen, daß sie mit der Waffe in monarchistischen Restaurateure kämpf klar zu Tage treten, wer die wahren die Verfechter einer wirklichen Demok lands Arbeiter.

Nach Klein sprach der Genosse L der Haft entlassen war.

An diese Ausführungen des Rede lebhafte Diskussion. Insbesondere besonders die SPD.-Arbeiter dafür ihre Führer das Vertrauen, das sie nienden Kämpfen nicht mißbrauchen.

Ein Bäckerlehrling durch grausame Oder getrieben.

Der Bäckerlehrling Willi Schmied bahnschaffners Schmiedt, wohnhaft Goethestraße 83, erlernte seit 2½ Jahren in der Bäckerei Gernoth, hier, Sternstraße, das Bäckerhandwerk.

Seit längerer Zeit wurde nun diese Lehre ein Martyrium für diesen jungen Menschen. Essen, welches zur Ernährung von Schweinen zu schlecht war, wurde diesem jungen Menschen vorgesetzt.

Ist es doch vorgekommen, daß das Fleisch, welches zur Bereitung des Mittagessens verwandt wurde, einen derartigen Geruch verbreitete, daß die Hausbewohner, welche zwei bis drei Treppen hoch wohnten, es vor Gestank nicht aushalten konnten.

Die Arbeitszeit betrug für den Lehrling fast täglich 16 bis 17 Stunden, trotzdem der Gesetzgeber 8 Stunden vorschreibt.

Alle diese Mißhandlungen konnte der Lehrling nicht mehr ertragen. Als auch durch das mehrmalige Vorstelligwerden des Vaters bei dem Lehrherrn keine Abhilfe geschaffen hatte, beschloß dieser junge Mensch, nachdem derselbe noch einen Abschiedsbrief an die Eltern geschrieben hatte, durch Ertrinken seinem Leben ein Ende zu machen.

Welche innerlichen Kämpfe muß dieser junge Mensch durchgemacht haben, um zu dem Entschluß zu kommen, sich das Leben zu nehmen.

Durch Zufall konnte dieser junge Mann im letzten Augenblick den Fluten der Oder wieder entrissen werden, als ein Herr Seidel, wohnhaft Neumarkt Nr. 12, durch Einsetzung des eigenen Lebens, denselben den Fluten wieder entriß.

Es wäre in diesem Falle der Gewerbeinspektion sowohl wie dem Herrn Staatsanwalt Gelegenheit gegeben, sich im Interesse des Schutzes der Schutzlosen zu betätigen.

sonders deutlich erkennbar ist das Verhältnis zwischen Kartoffelpreis und Gerstenpreis; da sich Kartoffeln und Gerste bei der Schweinezucht im Verhältnis 1 : 4 vertreten können, wird die Verfütterung der Kartoffeln auf Kosten der Gerste zunehmen — und daran ändern auch Verfütterungsverbote nichts oder nicht viel —, wenn der Gerstepreis wesentlich über das Vierfache des Kartoffelpreises steigt, was dann wieder eine Steigerung der Kartoffelpreise infolge verminderten Angebots zur Folge haben wird. Aehnlich wird sich der Mangel an Heu und Stroh auf die Kartoffelpreisbildung zur Geltung bringen."

Diese Mitteilungen des „Kartoffelhandels" sind reine Tendenznachrichten zugunsten des Händlerkapitals. Selbst bei einer im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft abgehaltenen Besprechung mußten „Sachverständige aus landwirtschaftlichen und Handelskreisen" zugeben, daß die diesjährige Ernte mindestens 80 Prozent des Durchschnits der letzten drei Jahre betrage; dabei sei diese Schätzung, da die Ernte noch im Gange ist, eher zu niedrig und das Endergebnis voraussichtlich noch günstiger. Zu irgendwelchen Besorgnissen sei kein Anlaß.

Das Proletariat kann die Preistreibereien des Junkertums und des Großhandels unterbinden, wenn es sich durch seine Organe eine Kontrolle über Erzeugung, Absatz und Preisbildung erkämpft.

Vorstoß der Junker gegen die Landarbeiter.

Das Zögern des Landarbeiterverbandes rächt sich.

A. K. Parallel mit dem Vorstoß der Industriekapitalisten gegen den Achtstundentag geht der Vorstoß der Junker und Großgrundbesitzer für Lohnabzug. Der Landwirtschaftliche Arbeitgeberverband für den Kreis Nimptsch (Schlesien) hat an sämtliche Arbeitgeber des Kreises ein Zirkular verschickt, laut dem das Arbeitsverhältnis für 1922 nur mit denjenigen Landarbeitern erneuert werden soll, die auf Ueberdeputat verzichten. Bis zum Abschluß des neuen Lohntarifes soll nur das Normaldeputat und Barlohn des Jahres 1921 gegeben werden. Landarbeiter, die die Unterschrift zur Verschlechterung ihrer Lebenslage verweigern, werden ab 1. Januar 1922 als entlassen betrachtet.

Die Entziehung des Ueberdeputats bedeutet, daß die Landarbeiter teures Markenbrot oder Getreide zu den enormen Marktpreisen kaufen müßten. Ferner soll die Viehhaltung erschwert werden, indem den Landarbeitern das Futtergetreide entzogen wird. Es soll den Landarbeitern nur ein Schwein zu halten gestattet sein. Eine Lohnaufbesserung für das Jahr 1922 soll verhindert werden, obwohl die Preise für alle Bedarfsartikel sprunghaft in die Höhe gehen. Mehr als bisher soll der Landarbeiter und seine Familie ausgebeutet werden. Aus Euren Knochen, aus Eurem Schweiß sollen die Gewinne der Junker und Großgrundbesitzer reichlicher fließen als bisher.

Landarbeiter! Erkennt die große Gefahr, die Eurer Existenz droht. Erkennt aber auch, wie freventlich es war, daß der Deutsche Landarbeiterverband Euch nicht vor der Ernte geschlossen in den Kampf führte, um die Grundlage für ein auskömmliches Leben den Arbeitgebern abzutrotzen. Der Deutsche Landarbeiterverband ruft Euch jetzt auf, diesen Schandwisch, den die Großgrundbesitzer Euch unterbreiten, nicht zu unterschreiben. Die gesamte Organisation steht hinter Euch. Rüttelt die noch einzeln vorhandenen Unorganisierten auf, sagt ihnen, was auf dem Spiele steht, holt den letzten in die Organisation. An der Solidarität der gesamten schlesischen Landarbeiterschaft soll der Anschlag der Arbeitgeber gegen die Landarbeiter des Kreises Nimptsch zerschellen! In den nächsten Tagen werden Massenversammlungen im Kreise Nimptsch abgehalten.

Landarbeiter! Soll Eure Abwehraktion mit Erfolg gekrönt sein, dann gilt es, die engste Verbindung mit den Industriearbeitern herzustellen. Verlangt, daß der Deutsche Landarbeiterverband auch tatsächlich die ganze Macht seiner Organisation hinter Euren Kampf stellt. Kämpft geschlossen, dann werdet Ihr siegen!

Statt Schule — Kartoffelbuddeln.

Die „Deutsche Tageszeitung" berichtet:

„Urlaub zur Kartoffelernte soll auch in diesem Jahre der Schuljugend gewährt werden. Der Staatskommissar für Volksernährung hat erklärt, daß diese Hilfe zur Sicherstellung unserer Volksernährung auch in diesem Jahre dringend geboten ist. Wo die Schulferien nicht so liegen, daß die Mitarbeit der Schulkinder bei der Kartoffelernte ausreichend möglich ist, soll nach einer Anordnung des Volksbildungsministers Urlaubsanträgen durch die Lehrer und Schulbehörden mit Entgegenkommen behandelt werden. Einzelne Regierungen haben deshalb die Kreisschulräte ermächtigt, nötigenfalls die Kinder aller Jahrgänge bis zu 14 Tagen zu beurlauben."

Die Ausbeutung der Kinder als billige Arbeitskraft geht im kapitalistischen Staate der Vermittlung von Wissen vor. Die Junker und Großgrundbesitzer können zufrieden sein mit solchen „Volksbildungs"ministern. Die Ausbeutung besonders der Landarbeiterkinder wird diesen wohl als Erholungsurlaub angerechnet.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die im Reichsarbeitsblatt vom 30. September veröffentlichte Angabe über männliche Arbeitsuchende und offene Stellen, besonders in großagrarischen Gebieten. Trotz der Erntezeit zeigt sich folgendes Bild:

	Arbeitsuchende in Land- und Forstwirtschaft und Gärtnerei	offene Stellen
Ostpreußen und angr. Teil von Westpr.	1317	675
Berlin und Brandenburg .	1360	902
Pommern und angr. Teil von Westpreußen . . .	605	358
Freistaat Sachsen	603	541

Zieht man in Betracht, daß diese Angaben lange nicht die ganze Masse der Arbeitslosen und Arbeitsuchenden umfassen, dann wird der Widersinn der Anordnung eines Volksbildungsministers erst recht klar. Jedoch als Organ der kapita-

Grundeigentum.

Eine soziale Fabel.

Ein Marsbewohner kam einmal während seiner Reisen in ein schönes und großes Land unserer Erde. Majestätische Flüsse bewässerten den Boden, und wohin der Blick auch traf, überall sah der Marsmensch eine reiche Fruchtbarkeit. Er ging fröhlich singend seines Weges, da begegnete ihm ein Bewohner der Erde, dessen Angesicht eine tiefe Bedrücktheit zeigte.

„Guten Tag!" rief der Marsianer.

„Guten Tag!"

„Was fehlt Ihnen denn?"

„Ich habe Hunger."

„Warum essen Sie denn nicht!"

„Kein Geld!"

„Arbeiten Sie doch, dann haben Sie welches."

„Ich kann keine Arbeit finden."

„Aber dann arbeiten Sie doch auf den brachliegenden Ländereien. Säen Sie Getreide, Mais, pflanzen Sie Kartoffeln und andere nützliche Pflanzen. Machen Sie doch das!"

„Der Grundbesitzer weigert sich, mich einzustellen."

„Was?"

„Ja, der Grundbesitzer läßt mich das Land nicht bebauen."

„Wer ist denn der Besitzer von Grund und Boden?"

„Der, dem das Land gehört."

„Das verstehe ich nicht. Ihr sagt doch hier auf Erden, daß Gott die Erde geschaffen habe?"

„Ja, so sagt man."

„Und hat er die Erde denn nicht für alle seine Kinder geschaffen, damit sie ihre Nahrung gewinnen?"

„Ich habe davon reden hören. Es ist möglich. Ich aber weiß davon nichts."

„Wie kommt es denn, daß sich so ein Mensch zum Land- und Grundeigentümer aufwirft?"

„Das Gesetz gibt ihm das Recht dazu."

„Und wer macht das Gesetz?"

„Nun, wir!"

„Wer sind die wir?"

„Die Wähler — ich und die anderen."

„Und Ihr, das souveräne Volk, Ihr macht Gesetze, die ein großes fruchtbares Stück Land einem einzigen Menschen überliefern, und zwar mit der Machtbefugnis, auch zu verhindern, diesen Grund und Boden zu bearbeiten? Und Ihr anderen lauft herum, bettelt um Arbeit, sterbt vor Hunger — ist denn das möglich?"

„Es ist so, Herr!"

„Nun, wenn Ihr so verrückt seid, daß Ihr lieber zugrunde geht vor Hunger, als es zu machen, wie es auf allen anderen Welten der Fall ist — dann geschieht Euch recht."

„Nun," sagte der Marsianer, „ich habe einige Dutzend Welten besucht bisher, aber diese Erde ist die erste, wo die Bewohner dumm genug sind, zu erlauben, daß sich einige Leute in den Besitz von Grund und Boden setzen und die große Mehrzahl hindern, das Land zu bebauen, so daß sie sterben vor Hunger."

Wir gehen dem neuen Menschen entgegen.

Die Kommune liegt nicht weit von Moskau. Es waren ungarische Kriegsgefangene, ungarische Bauern, die mit Säge und Axt hierher gekommen sind, sich in Holzhäuschen angesiedelt und 80 Desjatin — ausrodeten.

Ungarische Bauern, die in ihrer Heimat, trotzdem sie Bauern sind, kein Land zu bebauen haben, denn sie haben dort

war seine Zustimmung zu diesem Angriff der Junker des Kreises Nimptsch gegeben, d. h. der Fall Nimptsch wird zur Grundlage des Gesamtvorgehens der Junker Schlesiens.

Man will die Landarbeiter in die Botmäßigkeit von vor dem Kriege bringen. Die Landarbeiter werden kämpfen müssen, wenn sie leben wollen.

Darum, Landarbeiter, aufgepaßt! Uebt Solidarität! Stellt Euch geschlossen hinter die Aufforderung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, den Schandvertrag nicht zu unterschreiben.

In Eurer Einigkeit liegt Eure Kraft!

Ein Halsabschneider.

b. Fretzingh-Loringhoven, bekannt in Schlesien durch seine unsachlichen, hämischen Angriffe gegenüber der Arbeiterschaft und den Einrichtungen der Republik, stammt aus einer Familie, die seit ungefähr drei Jahrhunderten auf der Insel Oesel ansässig ist; geboren 1875 in Arensburg in Livland. Er studierte in Dorpat Jura und ging dann als Redakteur an in deutscher Sprache erscheinende Blätter in Reval und Petersburg. Hier vertrat er den zaristisch-russischen Staatsgedanken gegenüber Deutschland. Durch das alte Militär-Regime wurde er zu Ober-Ost kommandiert und wurde schließlich Beirat für baltische Angelegenheiten bei Ober-Ost. Dieser russische Untertan und Staatsbeamte wurde aber im Handumdrehen deutscher Staatsangehöriger. Zum Danke dafür glaubt er auch die Einrichtungen der Deutschen Republik in der ihm geistesverwandten „Schles. Tagespost" bei jeder Gelegenheit durch den Schmutz ziehen zu müssen. Er ist es besonders, der mit den gemeinsten Mitteln jede Annäherung der

SPD. Ortsgruppe Liegnitz. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 4 Uhr im „Reichspräsident" Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Geißler über: Der Parteitag der SPD. in Görlitz.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus. Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Lützow 1956 und 1957.

Zeltgarten
Täglich 7½ Uhr:
Das glänzende
Varieté-Programm
Sonntag vormittag 11 Uhr
Große Matinee.

Anzeigen
haben in der
„Schles. Arbeiterzeitung"
den größten Erfolg.

Ich bestelle hiermit ___ Exemplar der

„Schlesischen Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.

Abonnementspreis frei Haus monatlich 6.10 M., wöchentlich 1.50 M.

Name: _____

Beruf: _____

Ort: _____

Straße und Hausnummer: _____

listischen Gesellschaft hat er die Profitinteressen seiner Auftraggeber in erster Linie zu wahren! Wozu braucht das Arbeitsvolk auch Bildung, Wissen? Ist doch Wissen — Macht!

Saubere Kronzeugen.

Der Getreidehändler Hermann Friese diente bei einer Verhandlung vor dem Sondergericht in Torgau als Kronzeuge gegen zwei unserer Genossen aus Halle. Das Gericht schenkte den Angaben dieses Getreidehändlers einen so festen Glauben, daß unsere Genossen wegen der ihnen zur Last gelegten politischen Handlungen mit Gefängnis bestraft wurden.

Dieser Karl Friese hatte sich nun mit seinen drei Brüdern vor dem Landgericht in Torgau wegen großer Zucker- und Getreideschiebungen zu verantworten. Die mit zahlreichen Beweiserhebungen geführte Verhandlung diktierte für Karl Friese und seinem Bruder Hermann je 15 000 Mark Geldstrafe und je 4 Wochen Gefängnis. Die beiden anderen Brüder wurden mit je 10 000 Mark und je 2 Wochen Gefängnis bestraft.

Karl Friese suchte unter Berufung auf seine „Dienste", denen unsere Genossen zum Opfer fielen, in der Verhandlung seine Glaubwürdigkeit zu beweisen. „Früher war er glaubwürdig, und jetzt als angeklagter Schieber soll dies nicht mehr der Fall sein?" Sein Schiebergehirn weiß eben noch nicht, daß er damals gebraucht wurde, um für die Gefängnisstrafe unserer Genossen einen Schein des Rechts zu haben. Der Getreideschieberskandal stank aber zum Himmel, da mußte das Gericht dem sauberen Kronzeugen einen Teil seines Schieberprofits abnehmen. Bei einem solch „anständigen" Beruf kann eine Bestrafung von Vorteil sein. Der Herr Schieber wird bekannt, und die Aufträge steigern sich.

Wie Gutsbeamte verraten werden.

A. K. Der „Vorwärts" vom 25. Oktober ist in der Lage, folgendes Schreiben zu veröffentlichen:

Deutscher Guts- und Beamtenbund.

Berlin W. 50, den 13. Januar 1921.
Nankestr. 17.

Sr. Hochwohlgeboren Herrn Graf von Strachwitz,
Groß-Stein (Kr. Gr.-Strehlitz O.-Schl.).

Ew. Hochwohlgeboren

erlaube ich mir mit Bezug auf meinen Besuch am 10. d. Mts. und Rücksprache mit Ihrem Herrn Sohn folgendes zu unterbreiten:

Es wird Ihnen bekannt sein, daß sich in Deutschland drei Organisationen von Gutsbeamten gebildet haben, von denen ein Verein sozialistisch ist, der zweite ebenfalls gewerkschaftlich organisiert ist und sowohl mit den städtischen als auch mit den Landarbeitern ein Bündnis eingegangen ist. In der Organisation der Gutsbeamten an der Seite der Landarbeiter ist eine ungeheure Gefahr für die deutsche Landwirtschaft zu erblicken. Deshalb haben sich die Bamten, die auf dem Boden stehen, daß die Zusammenfassung an der Seite der Arbeitgeber zu geschehen habe, in unserem Bunde zusammengeschlossen. In Oberschlesien ist die Bewegung von Herrn Oekonomierat Dr. Körting-Pontschowitz ausgegangen. Der größte Teil der Beamten des Kreises Gr.-Strehlitz gehört unserem Bunde bereits an.

Der ständige Kampf mit den Gewerkschaften hat uns jedoch mehr Geld gekostet, als wir bisher an Mitgliederbeiträgen eingenommen haben. Wir sind daher auf Unterstützung angewiesen. Herr Oekonomierat Dieterich, der mich auch zu Ew. Hochwohlgeboren schickte, hat uns weitgehend unterstützt. Außerdem hat Herr Graf Strachwitz-Schimischow mir 1000 M. zur Verfügung gestellt und hat mir gesagt, daß auch Sie sich unserer Bitte wohl nicht verschließen würden und uns den gleichen Betrag für unsere Zwecke überweisen würden. Ich möchte Ew. Hochwohlgeboren bitten, dieser meiner Bitte recht bald nachzukommen.

Besonders betonen möchte ich, daß selbstverständlich davon nichts in die Oeffentlichkeit kommen darf, da auch in dortigen Kreisen immer noch ein Teil der Beamten dem einen der gewerkschaftlichen Verbände angehört und dieser auf keinen Fall von der Unterstützung erfahren darf.

Im voraus bestens dankend, bin ich mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren ergebenster

gez. Dr. Schneider.

Leider konnte der „Vorwärts" nicht auch das Resultat dieses Bettelbriefes mitteilen, aber er wird seine Wirkung nicht verfehlt haben. Die Gutsbeamten können aber aus dem Schreiben ersehen, wie ihre Interessen von dem „Deutschen Guts- und Beamtenverband", dessen Hauptaufgaben der Kampf gegen die in anderen Verbänden organisierten Gutsbeamten ist, mit Füßen getreten werden. **Gutsbeamte, Euer Platz ist an der Seite der übrigen Ausgebeuteten und nicht an der Seite Eurer Ausbeuter.**

Aus dem Landbund.

Wer seinen hungrigen Brüdern hilft, soll selbst hungern.

Dies ist das neue christliche Prinzip. Der Pommersche Landbund hatte beschlossen, zu billigen Preisen oder teilweise unentgeltlich an die minderbemittelte Bevölkerung Kartoffeln abzugeben, um „den Verhetzungen innerhalb unseres Kreises wirksam entgegentreten zu können". Nun haben die Kommunisten in Rummelsburg zugunsten ihrer hungernden russischen Brüder einen Unterhaltungsabend einberufen. Der Landbund hat darauf folgendes beschlossen:

„In diese Vorbereitungen schlägt die Anzeige der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ortsgruppe Rummelsburg, über den Unterhaltungsabend mit der Ueberschrift: „Helft Sowjetrußland", die als Eintrittspreis für diesen Unterhaltungsabend zum Besten Sowjetrußlands für Mit-

---

siedelten und von dem ungeheuren Walde ein Fleckchen — es kein Heim und kein Haus, nur Herren. Wenn sie nach Ungarn zurückkehren, kehren sie nicht „nach Hause" zurück, sondern zu ihren Herren, um von ihnen für schwere, mühselige Arbeit ein wenig Nahrung zu erhalten. Nun sind sie hier, in Rußland. Haben sich Frauen genommen und sprechen schon russisch und ihre Kinderchen plappern nur russisch in die Welt hinein.

Sie haben in dem schweren Kampfe gegen die Natur gesiegt. Ihr Gemüse, ihre Schweine, Kühe und Ziegen gedeihen. Das alles durch die Arbeit, mit der man im hungernden Rußland, das von der Zukunft bestrahlt wird, auch aus dem nichts schaffen kann.

Nun ist aber die Mobilisierung gekommen. Und unsere Kriegsgefangenen gehen auch nach Hause, dorthin, wo sie eigentlich keine Heimat haben. Wir gehen noch einmal zu ihnen hinaus. Bevor man nach Ungarn fährt, will man ja wissen, wohin der Weg führt. Genosse Kun schildert das jetzige Ungarn. Man will nicht nur lehren, sondern auch selbst lernen. Er fragt daher, wie sie dort agitieren werden.

„Wie versteht das der Genosse?" fragte der Bauer.

„Nun, was würdest du dort sagen, was man mit der Erde tun soll?"

„Das ist sehr einfach. Man soll die Erde wegnehmen!"

„Ja, ja. Das ist einfach, aber was soll man nachher tun?"

„Ich werde erzählen, was wir hier gemacht haben!"

„Gut, Ihr seid hier auf der Kommune, aber dort sind es andere, die die Erde für sich selbst bebauen. Was wirst du dann raten? Was ist besser?"

„Ich werde sagen, daß es die Industriearbeiter viel besser haben werden, wenn wir die Erde gemeinsam bebauen."

„Aber was ist für dich besser?"

„Die Industriearbeiter können ja nicht arbeiten, wenn wir ihnen keine Lebensmittel schicken."

„Was kümmert dich der Industriearbeiter, wenn es sich um deine eigenen Interessen handelt?"

„Ich werde aber klarstellen, daß die Arbeiter ohne uns nicht leben können."

So sprach der ungarische Bauer, der von Ungarn kam, vom Lande des Paradieses der Gutsherren und hier in diesem Wirrwarr, Blut und Durcheinander der Zerstörung den Kommunismus lernte.

Diese Bauern, denen die Gedanken der Gemeinschaft Fleisch und Blut geworden sind, können schon nicht mehr mit dem Gedanken des verfaulten Kapitalismus denken. Sie verstanden daher nicht mehr den Gedankengang Kuns, weil sie sich vollständig in den Gedankenkreis der um die Macht ringenden Arbeiterklasse verwurzelt hatten.

Die Dorfarmut, welche gegen ihre Unterdrücker, gegen die Großgrundbesitzer Sturm laufen wird, um sich von ihren Ketten loszureißen, wird sich nach der Befreiung keine neuen Objekte zum Ausbeuten suchen, sondern den andern Armen helfen.

So ringt der Mensch. Gebt ihm ein Stückchen Erde, in welche sein Pflug einschneiden kann, ein winziges Häuschen, ein Stübchen, wo er seinen Samowar singen läßt und er wird der beste Mensch sein, der seine Hand denen reicht, die noch schwer mit der Not des Lebens zu kämpfen haben.

Im Schweiße der Arbeit, inmitten des Kampfes in den weiten Wäldern Rußlands steigt doch der neue Mensch empor, siegreich den Weg beschreitend, der aus dem Trümmerhaufen der alten Welt zum Kommunismus führt.

Johann Lekai.

Einzelnummer 25 Pfg.

...ung

...tischen Internationale)

...: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren ...wärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Millimeterzeile, 8gespalten oder deren Raum im Text 8.— Mk.

... und Ausverkauf — was ...ie Arbeiterklasse?

...örsenhausse, Ausverkauf, Emporschnellen ...käufe, Spekulationskäufe, Hamstern und ...orschnellen der Preise — das kennzeichnet ...r letzten Wochen. Nicht zum ersten Male ... solche Katastrophe. Aber mit jedem Jahr ...s, werden ihre Wirkungen unerträglicher. ...rtoffeln, der Zentner zu 80, zu 100 M. ... Eisenbahnbetriebsräte melden, daß ...ons mit diesem wichtigen Lebensmittel ...lachen rollen, wahrlich nicht um der Be... ...ustriegebiet zur Speise zu dienen, sondern ...renze geschoben zu werden. In Köln, ...jen Rhein herrschen unhaltbare Zustände. ...er deutschen Valuta lockt ausländische ...en über die Grenze, wirkt als Export... ...ländischen Schieber. Aber auch tief im ...ie Kaufhäuser gestürmt, das kaufkräftige ... Angstkäufe, Spekulanten reißen sich um ...de, es wird gehamstert, aufgespeichert, ... Großagrarier mieten ihr Getreide, ihre ...d warten seelenvergnügt auf das Früh... Preise noch mehr in die Höhe zu treiben. ...t, Margarine, kurzum die wichtigsten ...en im Preise von Woche zu Woche. Die ...uen ohnmächtig zu. Die Parteien, die ...ien nennen, rufen nach Höchstpreisen, ...en, obwohl sie wissen, daß Höchstpreise ... Beschlagnahme der Bestände nur die ... vertreiben, obwohl sie wissen sollten, ... — in der Hand von bürgerlichen Richtern ... Kapitalisten nur Schwerter von Pappe

...de Volk aber hungert. Das arbeitende ...ie Kapitalisten die Not ihres „Vater... ...ützen, um goldene Berge zu häufen, es ...n Leibe, wie ihm die Löhne abgebaut ...dadurch, daß das Papiergeld entwertet, ... Bedarfsartikel erhöht wird. Und schon ...ndlicher Mangel nicht nur an Lebens... ... auch an den sonstigen Artikeln des täg... ... Die Konfektionäre erklären, sie seien aus... ...ten Waren werden 100 Proz. teurer sein. ...klärt in der Schuh- und in der Wäsche... ... Kapitalisten fühlen keinen Mangel! Die ... Börsenjunker, die Schieber, die Wucherer ...l sein lassen. Es ist gute Zeit jetzt für ...cherer.

... das arbeitende Volk tun an... ...ser hereinbrechenden Kata... ...t es sich damit begnügen, auf die Not... ... Regierung zu warten, kann es sich ver... ...richt der Bourgeoisie? Kann es sich der ...n, daß die augenblickliche Krise nur vor... ... Nein! Die Teurungswelle, die jetzt be... ... weiter steigen. Die Regierungen haben ...von sich aus zu durchgreifenden Maß... ... gewillt noch fähig sind. Mit kleinen Mitteln ist hier nicht gedient. Wenn dem arbeitenden Volk geholfen werden soll, wenn die Teuerung nicht zur Hungersnot sich auswachsen soll, dann müssen folgende **Notmaßnahmen sofort** ergriffen werden:

1. Sofortige Schaffung von **Erfassungskommissionen** in Stadt und Land mit dem Rechte der Nachschau und Beschlagnahme von Waren und Lebensmitteln sowohl bei den Produzenten wie bei den Händlern sowie in Privathäusern.

2. Strengste **Transportkontrolle** auf allen Eisenbahnen und Landstraßen durch die Betriebsräte der Eisenbahner und Transportarbeiter, mit dem Recht, innerhalb des Rahmens allgemeiner Anweisung anzuhalten und zu beschlagnahmen.

3. **Planmäßige Verteilung aller wichtigen Lebensmittel und Gebrauchsartikel** durch die **Kommunen** unter Zuhilfenahme des technischen Apparates der **Konsumgenossenschaften**. Den Konsumgenossenschaften ist das Monopol der Verteilung an die Bevölkerung zu übertragen. Sie müssen das Recht der Beschlagnahme von Transportmitteln, Lagerräumen, Verkaufsstellen usw. erhalten. Kleinhändler sind von ihnen aus zu beliefern. Zur Kontrolle der Verteilung werden Konsumentenausschüsse gebildet aus der organisierten Arbeiterschaft. Für die einzelnen Provinzen und für das Reich ist eine Verteilungs-Ausgleichstelle zu schaffen.

4. Zur Durchführung dieser Maßnahmen ist eine **Wucherpolizei** aus der organisierten Arbeiterschaft zu bilden. Alle Verstöße gegen diese Ordnung sind vor zu bildende **Arbeiterwuchergerichte** zu bringen.

5. Die gesamte **Ausfuhr** ist in der Hand des Reichs zu monopolisieren. Sperrung der Grenzen durch die obengenannte Wucherpolizei.

Diese Forderungen sind **Notmaßnahmen** und stellen das Mindeste dar, was die arbeitenden Massen im

---

29. Oktober Kenntnis genommen. Sie erblickt in dem territorialen und wirtschaftlichen Diktat, welches dadurch dem Deutschen Reich auferlegt wird, nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk, der sie wehrlos gegenübersteht, sondern auch eine Verletzung des Versailler Vertrages. Die Deutsche Regierung legt daher gegen den hierdurch geschaffenen Zustand ausdrücklich Verwahrung ein. Lediglich unter dem Druck der in der Note ausgesprochenen Drohungen, und um der deutschen Bevölkerung des oberschlesischen Industriegebietes die sonst **bevorstehende Verelendung** soweit wie möglich zu ersparen, sieht sich die Deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entsprechend die darin vorgesehenen Delegierten zu ernennen. Die Namen der **deutschen Delegierten** werden unverzüglich mitgeteilt werden.

Daß die wirtschaftlichen Bestimmungen der Oberschlesienteilung ein gutes Mittel für die deutsche Bourgeoisie sind, das Kleinbürgertum nationalistisch aufzuputschen und im Berliner Lustgarten Entrüstungsdemonstrationen in Szene zu setzen, hindert nicht, daß auch aus dem oberschlesischen Handel fette Millionen-Profite für das Kapital fließen. Die Aktien der **Laurahütte** sind an der gestrigen Berliner Börse **von 678 auf 1500 Prozent gesprungen**. Die Laurahütte mit fast allen ihren Anlagen liegt bekanntlich im **polnisch werdenden Gebiet**.

„Möglicherweise — so schreibt das „Berliner Tageblatt" — hängt diese Kurssteigerung aber gerade damit zusammen, daß die Kabinetts- und Reichstagskrise gestern in dem Sinne gelöst worden ist, daß eine neue Regierung gebildet wurde, die sich zu Verhandlungen mit Polen über die oberschlesische Wirtschaftsgemeinschaft bereit erklärt hat. Das „Tageblatt" faßt zusammen:

Auf das Bekanntwerden des **Teilungsbeschlusses** stiegen die Aktien derjenigen Gesellschaften, deren Anlagen hauptsächlich bei Deutschland bleiben, während die der polnisch werdenden Werte zur Abschwächung neigten. **Nachdem die Deutsche Regierung sich grundsätzlich zu Verhandlungen über die Wirtschaftsgemeinschaft bereit erklärt hat, zogen die Aktien der polnisch werdenden Werke an**

Die Ententeantwort auf Wirths Protestnote.

„Der deutsche Protest wirkungslos."

(EE.) Paris, 28. Oktober.

Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich mit dem Schreiben des deutschen Botschafters Dr. Mayer, das den **Protest der Reichsregierung** enthält. Hierzu erklärt das „Petit Journal", dieser Protest sei unzulässig. Die Botschafterkonferenz habe daher beschlossen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß **der deutsche Protest als nicht eingetroffen und wirkungslos betrachtet werde. Deutschland habe keinerlei Meinung über die Entscheidung des Obersten Rates auszusprechen**, Deutschland habe nur seine Bevollmächtigten zu ernennen. Dies tat Deutschland. Diese Ernennung muß als der Hinweis betrachtet werden, daß Deutschland **ohne Vorbehalt und mit allen Folgen** die Regelung der oberschlesischen Frage, die ihm bekanntgegeben wurde, annimmt. Die Redaktion der Antwortnote auf den deutschen Beschluß wurde gestern vorbereitet, der Wortlaut wird noch heute den Delegierten vorgelegt werden und Berlin übermittelt.

Diese Antwort ist ein Teil des großen Komödienspiels über Oberschlesien. Die Protestnote Wirths heuchelte „tiefe Enttäuschung", was nicht hinderte, daß die Kurse der polnisch werdenden Industrieaktien an der Berliner Börse turmhoch emporstiegen — ein Beweis, daß die oberschlesische Teilung und die Wirtschaftsbedingungen für die deutsche Bourgeoisie kein Verlust, sondern ein **glänzendes Geschäft** ist. Der entrüstete Notenwechsel, der schroffe Ton von hüben und drüben dient nur als Mittel zur nationalistischen Aufschreckung des Kleinbürgertums. Wirth wußte bei der Absendung der Entrüstungsnote ganz genau, daß die Entente sie lächelnd in den Papierkorb werfen würde.

Die neue Ententeantwort gibt der Wirthregierung die Möglichkeit zu einer neuen Märtyrergeste und unterstützt Stinnes in seinem Streben nach der „nationalen Einheitsfront" gegen das Proletariat.

Breslauer Na

An unsere Gen

Der große Erfolg, den wir durch für unsere Zeitung zu verzeichnen h falls veranlassen, nun im Glauben, haben, die Hände in den Schoß zu le während die Werbungen fortsetzen. das eroberte Neuland zu halten sud bestehenden ungünstigen Verhältniss lung werden uns aber dabei nicht f wir werden mit allerlei Schwierigk die solange fortbestehen, solange die dem Verlag vereint wird. Es ist Aufgabe, so schnell als möglich di seitigen, und schon die nächste Zeit n gestellte Aufgabe gelöst wurde.

Bis dahin aber müssen unsere G Mißstände kennen, helfend beispringe beiseite stehen. Sie müssen den neue allen Umständen die Zeitunger bestellten Exemplare ihren Weg in d funden haben. Jeder Genosse, der hat, stelle sie sofort wieder dem Kolp damit dieser über die erneute Lieferu Auf diese Weise wird der bestehend gegengearbeitet, aber diese Handlung jeder Genosse bestrebt ist, Umstände die sich aus den schlechten momentan hältnissen ergeben, und für die heut wortlich gemacht werden kann. Je also schützend vor seine Sache.

Gegen die Konterrevolution in Ju

Im überfüllten Zentralballsaal Genosse Klein. Er ging zunäch Verhältnisse ein. Die Konterrevolu Schlesien halten jetzt ihre Zeit für ge teuer des Habsburger Karl zur Wi Monarchie wird nicht nur unterstützt aller Länder, es wird auch ein Anspu archisten in Deutschland. Ihnen wir Habsburgers keine Ruhe lassen. Di ist gelöst. Der Selbstschutz hat keine mehr. Diese Leute denken nicht daran sie keine Lorbeeren ernten gegenüber sie kämpfen gegen die Republik, gege

Die Verwaltungsorgane der P sonders die Polizei und Justiz, be diese konterrevolutionären Umtriebe können und schon bewiesen haben d der Zeitung und im Klein-Prozeß vo Die Polizei und Justiz schmeißt K fängnis monatelang wegen Verrats nisse. Sie erkennt also diesen Selbstsc

Gerade jetzt ist die Notwendigk Front der Arbeiter dringend. Die M Rüstungen soweit getrieben, um in zuschlagen. In dieser ernsten Zeit, die geringen Errungenschaften der L dem Spiel stehen, muß alles die Arbe treten. Alle Arbeiter, ob Sozialdemo ob organisiert oder nicht, müssen erke die Monarchisten losschlagen, ein h als beim Kapp-Putsch. Da muß i kennen, daß sie mit der Waffe in monarchistischen Restaurateure kämpf klar zu Tage treten, wer die wahren die Verfechter einer wirklichen Demok lands Arbeiter.

Nach Klein sprach der Genosse L der Haft entlassen war.

An diese Ausführungen des Rede lebhafte Diskussion. Insbesondere besonders die SPD.-Arbeiter dafür ihre Führer das Vertrauen, das si menden Kämpfen nicht mißbrauchen.

Ein Bäckerlehrling durch grausame Oder getrieben.

Der Bäckerlehrling Willi Schmied bahnschaffners Schmiedt, wohnhaft Goethestraße 83, erlernte seit 2½ Jahren in der Bäckerei Gernoth, hier, Sternstraße, das Bäckerhandwerk.

Seit längerer Zeit wurde nun diese Lehre ein Martyrium für diesen jungen Menschen. Essen, welches zur Ernährung von Schweinen zu schlecht war, wurde diesem jungen Menschen vorgesetzt.

Ist es doch vorgekommen, daß das Fleisch, welches zur Bereitung des Mittagessens verwandt wurde, einen derartigen Geruch verbreitete, daß die Hausbewohner, welche zwei bis drei Treppen hoch wohnten, es vor Gestank nicht aushalten konnten.

Die Arbeitszeit betrug für den Lehrling fast täglich 16 bis 17 Stunden, trotzdem der Gesetzgeber 8 Stunden vorschreibt.

Alle diese Mißhandlungen konnte der Lehrling nicht mehr ertragen. Als auch durch das mehrmalige Vorstelligwerden des Vaters bei dem Lehrherrn keine Abhilfe geschaffen hatte, beschloß dieser junge Mensch, nachdem derselbe noch einen Abschiedsbrief an die Eltern geschrieben hatte, durch Ertrinken seinem Leben ein Ende zu machen.

Welche innerlichen Kämpfe muß dieser junge Mensch durchgemacht haben, um zu dem Entschluß zu kommen, sich das Leben zu nehmen.

Durch Zufall konnte dieser junge Mann im letzten Augenblick der Fluten der Oder wieder entrissen werden, als ein Herr Seidel, wohnhaft Neumarkt Nr. 12, durch Einsetzung des eigenen Lebens, denselben den Fluten wieder entriß.

Es wäre in diesem Falle der Gewerbeinspektion sowohl wie dem Herrn Staatsanwalt Gelegenheit gegeben, sich im Interesse des Schutzes der Schutzlosen zu betätigen.

glieder: Damen 3, Herren 4 M.; für Nichtmitglieder: Damen 4, Herren 5 M. festgesetzt, wie eine Bombe ein. Sie zeigt, daß diejenige Bevölkerung unserer Kreisstadt, soweit sie sich an derartigen Unterhaltungsabenden beteiligt, tatsächlich keiner Preisermäßigung oder Unterstützung irgendwelcher Art bedarf. Wer derartige Eintrittspreise zum Besten unserer Todfeinde zahlen kann, ist nicht bedürftig. Die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen haben daher beschlossen, die ganze Hilfsaktion zur Belieferung der Stadt Rummelsburg mit Kartoffeln unter dem jeweiligen Jahrespreis nicht eintreten zu lassen, wenn dieser Unterhaltungsabend zum Besten Sowjetrußlands stattfindet."

Wir wollen uns nicht in rührseligen Entrüstungen verlieren. Die Lehre, die sich aus dem Beschluß ergibt, ist kalt und nüchtern zu ziehen. Sie lautet: Es gibt keine bürgerliche „Wohltätigkeit", die nicht im Interesse der Herrschaft der kapitalistischen Klasse geübt wird. Es gibt keine bürgerliche Wohltätigkeit, die nicht zum Ziel hat, das Proletariat in hündische Knechtschaft zu ketten. Jede bürgerliche Wohltätigkeit hat nur den Zweck, die widerspruchslose Ausbeutung des Proletariats sicherzustellen. Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen, nur Euer zäher und rücksichtsloser Kampf gegen die junkerliche kapitalistische Gesellschaft kann Eure wirtschaftliche Lage bessern. Der Kampf geht auf Leben und Tod. Hie proletarische — hie kapitalistische Klasse. In diesem Kampf ist Sowjetrußland die erste Festung des Proletariats. Diese Festung zu halten, auszubauen, erfordert Euer eigener Befreiungskampf. Im Kampfe gegen die Ausbeutersippe ist deshalb ein Schritt vorwärts die — Hilfe für Sowjetrußland.

Der Landbund gründet Jugendorganisationen.

Im „Brandenburgischen Landbund", dem märkischen Gaublatt des junkerlichen Reichslandbundes, der auch die Landarbeiter und Kleinbauern unter seinem Banner einzufangen versucht, wird die Gründung von Jugendgruppen den Landbündlern dringend ans Herz gelegt — als Gegengewicht gegen die „Jugendverhetzung der linksradikalen Kreise".

„In erster Linie kommt es darauf an, unsere Jugend mit einem auf eingehende Erkenntnis begründeten Standesbewußtsein zu erfüllen.... Die Erziehung zu diesem Standesbewußtsein soll weiterführen zur Erziehung einer deutschen Gesinnung, die sich auf Erkenntnis der deutschen Geschichte und der Bedeutung des deutschen Wesens gründet... Unsere Jugend soll uns helfen, unsere Landbundorganisation in jeder Weise zu festigen, insbesondere durch Vertiefung der darin liegenden Gedanken und Ideale."

Das ist der Wunsch und das Ziel der Orgeschführer, die auch im Landbund die Führung haben. Unter der Marke „Jugendorganisation", „Sport- und Turnvereinigung" sollen sie die offen nicht mehr mögliche Rüstung und Uebung für neue imperialistische Kriege weiter betreiben.

Natürlich denken sie bei ihrer „harmlosen" Jugendorganisierung nur an die Zusammenfassung der „Herren"-Sprößlinge. Denn die 14 bis 20 Jahre alten Kinder der Landarbeiter und Bauern, mit denen sie doch im Landbund angeblich trefflich „Gemeinschaft" pflegen, die haben keine Zeit für Spiel und Sang und für Reitvereine, die auch für die einzelnen Kreisverbände der Jugendorganisation vorgeschlagen werden. Die müssen unterdes auf dem Felde arbeiten, 10, 12 und 11 Stunden, müssen den ganzen Tag Kartoffeln ausbuddeln und holen in ihren dünnen Kleidchen sich dabei lebenslängliche Krankheiten; die müssen harte Männerarbeiten tun, da nur wer fleißig arbeitet, auch zu essen haben soll!

Dieser Spruch gilt auch in der kapitalistischen Welt, aber dort nur für die Arbeiterklasse einschließlich ihrer Kinder; die Reichen mögen faulenzen und andere ausbeuten und ihre Launen an ihnen auslassen, die brauchen um ihr tägliches Brot deshalb doch keine Sorge zu haben.

Landarbeiter und Kleinbauern, habt Acht auf die Landbund-Jugendorganisationen und sorgt endlich dafür, daß die Ausbeuterherrschaft ein Ende nimmt!

Aus der Agitation.

Wir schreiten!

Die Bezirksleitung der KPD. Lausitz hatte zu Mittwoch, den 19. in Lübben und zu Donnerstag den 20. Oktober, in Lübbenau je eine öffentliche Volksversammlung einberufen, in der Genosse Gräf über das Thema sprach: Was sagen uns die Kommunisten! Die Versammlung in Lübben war von über dreihundert Personen besucht und starker Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten. Zur Diskussion sprach die SPD.-Leuchte Lübbens — Gebauer. Neben einem Hinweis, daß die französische Revolution an der Spaltung und Bekämpfung des Volkes unter sich zusammenbrach, warf er der USPD. und der KPD. vor, keine praktische Arbeit zu leisten, sondern nur zu kritisieren. Zum Beschluß von Görlitz erklärte er: ja, jetzt sei eine andere Situation wie im vergangenen Jahre wo die Preise sanken und alles besser wurde (wo man die Arbeiter entließ, weil man nicht mehr für das Ausland liefern konnte). Jetzt müsse man mit der Deutschen Volkspartei eine Regierung bilden usf. Der Vertreter der USPD. trat Gebauer entgegen und erklärte sein vollständiges Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. Er bedauerte nur, daß nicht noch mehr Besucher erschienen sind, um dann mit Gebauer wegen seines Verhaltens während des Kapp-Putsches abzurechnen. Nach einer kurzen Entgegnung Gebauers, die sehr leudenlahm war, ging der Genosse Gräf mit der SPD.-Leuchte Lübbens scharf ins Gericht. Er fragte Gebauer, wo denn die praktische Arbeit der SPD. wäre?? Haben sie Sipo und Reichswehr, Beamten und Staatsbehörden von reaktionären Verbrechern gereinigt?? Haben sie für Arbeiterkinder und Mutterschutz gesorgt?? Haben sie nicht selbst die Oppauer Arbeiter im Reichstage, der Stätte ihres Wirkens, im Stich gelassen?? Mußten diese sich nicht erst selbst durchsetzen. Hier, wo ihr Feld war, sich zu betätigen, versagten sie. Wer hat die Kommandogewalt der Offiziere und die Rechtlosmachung der A.- und S.-Räte durchgesetzt? Die SPD.-Führer. Wer hat zugesehen, wie sich das Baltikum entwickelte? Die SPD. Nachdem der Referent dann noch auf weitere Fragen Gebauers einging, rief dieser dazwischen, von den linksradikalen Führern ist noch keiner im offenen Kampfe gefallen, er wollte damit ausdrücken, sie hätten sich gedrückt und nur die Arbeiter vorgeschickt. Nun rechnete der Referent mit Gebauer aber gründlich ab und begeisterter Beifall lohnte die Worte des Redners. Als Erfolg können wir verzeichnen, in Lübben eine Ortsgruppe gewonnen zu haben.

Die Versammlung in Lübbenau war von über 60 Personen besucht. Die Stimmung war eine ausgezeichnete und fanden die Ausführungen des Genossen Gräf allseitigen Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt. Es wurde allseitig bedauert, daß die Versammlung so schwach besucht war und der Wunsch geäußert, wiederzukommen.

Auch hier haben wir Fuß gefaßt und Vertrauensleute für unsere Partei gewonnen.

Gründung einer Ortsgruppe.

In Züß, einem Marktflecken in Oberschlesien von etwa 3000 Einwohnern, erschienen zu einer von uns einberufenen Versammlung 160 Personen. Der Erfolg der Versammlung war die Gründung einer Ortsgruppe, Gewinnung von Abonneten für die „Arbeiter-Zeitung" und eine Sammlung für die Russenhilfe. Unaufhaltsam schreitet die kommunistische Bewegung auf dem Lande vorwärts.

Arbeitergelder für Rußland.

Der „Reichslandbund" schreibt:

„Wie die sozialistische Presse mitteilt, gingen bei der Gewerkschaftskommission in Berlin ein: Aus Sammellisten für Sowjetrußland und Georgien insgesamt 1 091 919,65 M. Gewiß eine hübsche Summe, die dem Opferwillen der Berliner Arbeiterschaft ein schönes Zeugnis ausstellt. Und doch kann man diese Sammlungen nur bedauern, wenn man bedenkt, daß die russische Regierung viele Millionen ins Ausland wirft, um in anderen Ländern Unruhen zu erzeugen. Würde die russische Regierung den ehrlichen Willen haben, der Not in Rußland zu steuern, dann müßte sie die Gelder, die sie zur Revolutionierung anderer Staaten fortwirft, verwenden, um Lebensmittel für das eigene Volk zu kaufen. Und wenn unser deutschen Gewerkschaften nicht in ihre Internationale so furchtbar verrannt wären, dann würden sie sehen, daß es in Berlin recht arme Familien gibt, denen es gleichfalls am Nötigsten fehlt. Für die gesammelte eine Million Mark könnte man z. B. 20 000 Zentner Kartoffeln für die Arbeitslosen in Berlin kaufen. Das wäre praktische Nächstenliebe an eigenen Volksgenossen. So aber sendet man Millionen nach England, Rußland und anderen Ländern, der eigene Volksgenosse aber wird hingewiesen auf den verschuldeten Staat."

Der Platz für einen solchen Wisch wäre eigentlich der Papierkorb. Es steht diesen „Christen" sehr wohl an, gegen die Rettung von Millionen Menschen unter Selbstaufopferung der Arbeiter ihren Schmutzkübel auszuleeren. Wir fragen, warum der „Reichslandbund" den Arbeitern zuweist, die armen Familien in Berlin zu unterstützen und er selber für seine eigenen Volksgenossen nicht helfend eintritt. Das wäre praktische Nächstenliebe. Es könnte doch dafür ein Schnapsfest ausfallen.

von jener Zustimmung zu diesem Angriff der Junker des Kreises Rimptsch gegeben, d. h. der Fall Rimptsch wird zur Grundlage des Gesamtvorgehens der Junker Schlesiens.

Man will die Landarbeiter in die Botmäßigkeit von vor dem Kriege bringen. Die Landarbeiter werden kämpfen müssen, wenn sie leben wollen.

Darum, Landarbeiter, aufgepaßt! Uebt Solidarität! Stellt Euch geschlossen hinter die Aufforderung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, den Schandvertrag nicht zu unterschreiben.

In Eurer Einigkeit liegt Eure Kraft!

Ein Hakenkreuzler.

b. Freytagh-Loringhoven, bekannt in Schlesien durch seine unsachlichen, hämischen Angriffe gegenüber der Arbeiterschaft und den Einrichtungen der Republik, stammt aus einer Familie, die seit ungefähr drei Jahrhunderten auf der Insel Oesel ansässig ist; geboren 1875 in Arensburg in Livland. Er studierte in Dorpat Jura und ging dann als Redakteur an in deutscher Sprache erscheinende Blätter in Reval und Petersburg. Hier vertrat er den zaristisch-russischen Staatsgedanken gegenüber Deutschland. Durch das alte Militär-Regime wurde er zu Ober-Ost kommandiert und wurde schließlich Beirat für baltische Angelegenheiten bei Ober-Ost. Dieser russische Untertan und Staatsbeamte wurde aber im Handumdrehen deutscher Staatsangehöriger. Zum Dank dafür glaubt er auch die Einrichtungen der Deutschen Republik in der ihm geistesverwandten „Schles. Tagespost" bei jeder Gelegenheit durch den Schmutz ziehen zu müssen. Er ist es besonders, der mit den gemeinsten Mitteln jede Annäherung der

SPD. Ortsgruppe Liegnitz. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 4 Uhr im „Reichspräsident" Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Geißler über: Der Parteitag der SPD. in Görlitz.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus. Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Lützow 1956 und 1957.

Zeltgarten
Täglich 7½ Uhr:
Das glänzende
Varieté-Programm
Sonntag vormittag 11 Uhr
Große Matinee.

Anzeigen
haben in der
„Schles. Arbeiterzeitung"
den größten Erfolg.

Ich bestelle hiermit ___ Exemplar der

„Schlesischen Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.

Abonnementspreis frei Haus monatlich 6.10 M., wöchentlich 1.50 M.

Name: _____

Beruf: _____

Ort: _____

Straße und Hausnummer: _____

3. Jahrgang / Nr. 245

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Sonntag, 30. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk.
Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Verhindert die Stinneskoalition.

Während „Freiheit" und „Vorwärts" ob der gelungenen Kabinettsbildung frohlocken, tönt von anderer Stelle her bereits ein Sterbeläuten, ein Künden, daß es mit dem neuen Kabinett bald ein Ende haben muß, denn sonst werde Deutschland zu Oesterreich, Oesterreich zu Rußland und was Rußland sei — brauche nicht gesagt zu werden.

Im Handelsteil der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", in einem längeren unansehnlichen Artikel, wird bereits vorausgesagt, was erst in Tagen oder vielleicht Wochen sichtbar sich abspielen wird. Der Mund eines Amerikaners offenbart, was Europa heute fehlt: 200 Millionen an Verbrauchern sind ausgefallen, eine Weltkrise besteht und sie werde sich noch verschärfen, wenn Deutschland zusammenbricht. Die einzige Rettung wäre ein Kreditsystem, das als eine Anlage geschäftlicher und nicht philantropischer Natur angeboten werden soll, um den Markkurs durch die Wiederherstellung der Produktionswirtschaft zu stabilisieren. Und die Volksparteiler Wiedtfeld, Cuno und Adenauer sollen das neue Ministerium bilden und Deutschland vo mUntergang erretten.

Also ein Amerikaner in den „Evening News" vom 22. September, ein Amerikaner mit dem Namen Malcohn Sumner, Staatsanwalt. Nicht nur Amerikaner, auch Engländer und Italiener sind an einer Hebung des Markkurses unmittelbar interessiert, und die Deutsche Volkspartei will bereits mehr als die Spekulation auf den Zusammenbruch; Stinnes, der fast das gesamte Wirtschaftsleben in seiner Hand hält, will mit einer neuen Politik beginnen, einer Politik, die Deutschland freie Bahn schafft und es den Klauen der Reparation entreißt. Was noch geleistet werden muß, wird durch Steuern gedeckt und darüber hinaus müßte alles verhindert werden, das die deutschen Kapitalisten zu unbezahlten Lieferanten der Entente machen könnte.

Dieser Zusammenhang ist selbst der SPD. klar. Als nach Görlitz die Opposition in der Sozialdemokratie einsetzte und den Krüger und Müller entgegengehalten wurde, daß es doch genüge, wenn man die Koalition mit den Demokraten oder Zentrum eingehe, wozu denn da noch eine Regierung mit der Deutschen Volkspartei notwendig sei, antwortete Stampfer mit Recht, die bürgerlichen Parteien wären sich in der gegenwärtigen Zeit derart wesensverwandt, daß es wahrscheinlich nicht darauf ankomme, ob Zentrum, Demokraten oder Volkspartei. Der eine sei des andern wert. Und die SPD.-Mitglieder, die gegen Görlitz ihre schärfsten Proteste eingelegt haben, sind wie in Mainz, weitergegangen und haben jede Koalition mit dem Bürgertum abgelehnt. Nicht anders bei den Mitgliedern der USPD. Erst vor kurzer Zeit hat die Leipziger Organisation klipp und klar erklärt, daß eine Koalition mit dem Bürgertum nicht zustandekommen darf, daß die Entscheidung darüber nicht etwa dem Zentralvorstand, sondern dem Parteitag zustehe. Das sollte die Sicherung gegen Sabotageversuche Hilferdings und derer um ihn sein.

Die Kommunistische Partei hat die Schlüsse aus dieser Sachlage gezogen, als sie, gestützt auf den Willen der breiten Arbeitermassen, an die beiden sozialistischen Parteien mit der Aufforderung herantrat, durch eine Aussprache ein gemeinsames Vorgehen des Proletariats in der gegenwärtigen Krise herbeizuführen. Es galt durch diesen Schritt ebenso die SPD. und USP. von ihrem bisherigen Verhalten, das in unmittelbarem Widerspruch zum Willen ihrer Mitglieder stand, abzubringen und beide Parteien vor die Frage einer rein sozialistischen Regierung zu stellen. Die Kommunisten waren bereit, diese Regierung, solange sie proletarische Politik betreiben würde, zu unterstützen. SPD. und USP. lehnten ab.

Das deutsche Proletariat wird in kurzer Zeit vor dieselbe Lage, wie vor einigen Tagen gestellt sein. Sichtbarer noch als jetzt wird zu erkennen sein, daß das Bürgertum völlige Preisgabe aller proletarischen Interessen verlangt, daß es nur auf dieser Grundlage mit der SPD. eine Regierung bilden will. Wohl haben noch die SPD.- und die USPD.-Führer eine kurze Freudenzeit; wohl konnte noch für Wochen der Wille ihrer Mitglieder gebrochen werden, die Zeit aber, da es um die Entscheidung geht, naht, und da nützt weder ein Klagen noch ein Flehen, da entscheidet der entschlossene Wille, der Selbsterhaltungstrieb.

Im Aufruf der KPD. ist der Weg, den das Proletariat gehen muß, gezeichnet. Die Arbeiterschaft muß sich dafür bereiten, wenn sie anders dem sicheren Untergang entgehen will. In der geschlossenen Kampffront, der Verhinderung jeder Koalition mit den Bürgerlichen liegt der einzige Ausweg aus dem gegenwärtigen Elend.

Teuerung und Ausverkauf — was tut die Arbeiterklasse?

Marksturz, Börsenhausse, Ausverkauf, Emporschnellen der Preise, Angstkäufe, Spekulationskäufe, Hamstern und nochmaliges Emporschnellen der Preise — das kennzeichnet die Wirtschaft der letzten Wochen. Nicht zum ersten Male erleben wir eine solche Katastrophe. Aber mit jedem Jahr wächst sie sich aus, werden ihre Wirkungen unerträglicher. Heute werden Kartoffeln, der Zentner zu 80, zu 100 M. angeboten. Die Eisenbahnbetriebsräte melden, daß massenhaft Waggons mit diesem wichtigen Lebensmittel nach Köln und Aachen rollen, wahrlich nicht um der Bevölkerung im Industriegebiet zur Speise zu dienen, sondern um über die Grenze geschoben zu werden. In Köln, Koblenz, am ganzen Rhein herrschen unhaltbare Zustände. Der Tiefstand der deutschen Valuta lockt ausländische Käufer in Scharen über die Grenze, wirkt als Exportprämie für die inländischen Schieber. Aber auch tief im Inland werden die Kaufhäuser gestürmt, das kaufkräftige Publikum macht Angstkäufe, Spekulanten reißen sich um die Warenbestände, es wird gehamstert, aufgespeichert, verschoben. Die Großagrarier mieten ihr Getreide, ihre Kartoffeln ein und warten seelenvergnügt auf das Frühjahr, um so die Preise noch mehr in die Höhe zu treiben. Fleisch und Fett, Margarine, kurzum die wichtigsten Lebensmittel steigen im Preise von Woche zu Woche. Die Regierungen schauen ohnmächtig zu. Die Parteien, die sich Arbeiterparteien nennen, rufen nach Höchstpreisen, nach Wuchergesetzen, obwohl sie wissen, daß Höchstpreise ohne gleichzeitige Beschlagnahme der Bestände nur die Ware vom Markt vertreiben, obwohl sie wissen sollten, daß Wuchergesetze in der Hand von bürgerlichen Richtern gegen bürgerliche Kapitalisten nur Schwerter von Pappe sind.

Das arbeitende Volk aber hungert. Das arbeitende Volk sieht, wie die Kapitalisten die Not ihres „Vaterlandes" dazu benützen, um goldene Berge zu häufen, es erfährt am eigenen Leibe, wie ihm die Löhne abgebaut werden, einfach dadurch, daß das Papiergeld entwertet, der Preis aller Bedarfsartikel erhöht wird. Und schon meldet sich empfindlicher Mangel nicht nur an Lebensmitteln, sondern auch an den sonstigen Artikeln des täglichen Gebrauchs. Die Konfektionäre erklären, sie seien ausverkauft, die nächsten Waren werden 100 Proz. teurer sein. Dasselbe wird erklärt in der Schuh- und in der Wäschebranche. Nur die Kapitalisten fühlen keinen Mangel! Die Spekulanten, die Börsenjunker, die Schieber, die Wucherer können sichs wohl sein lassen. Es ist gute Zeit jetzt für Schieber und Wucherer.

Was muß das arbeitende Volk tun angesichts dieser hereinbrechenden Katastrophe? Kann es sich damit begnügen, auf die Notverordnungen der Regierung zu warten, kann es sich vertrösten auf die Einsicht der Bourgeoisie? Kann es sich der Hoffnung hingeben, daß die augenblickliche Krise nur vorübergehend sei? Nein! Die Teurungswelle, die jetzt begonnen hat, wird weiter steigen. Die Regierungen haben gezeigt, daß sie von sich aus zu durchgreifenden Maßnahmen weder gewillt noch fähig sind. Mit kleinen Mittelchen ist hier nicht gedient. Wenn dem arbeitenden Volk geholfen werden soll, wenn die Teuerung nicht zur Hungersnot sich auswachsen soll, dann müssen folgende Notmaßnahmen sofort ergriffen werden:

1. Sofortige Schaffung von Erfassungskommissionen in Stadt und Land mit dem Rechte der Nachschau und Beschlagnahme von Waren und Lebensmitteln sowohl bei den Produzenten wie bei den Händlern sowie in Privathäusern.

2. Strengste Transportkontrolle auf allen Eisenbahnen und Landstraßen durch die Betriebsräte der Eisenbahner und Transportarbeiter, mit dem Recht, innerhalb des Rahmens allgemeiner Anweisung anzuhalten und zu beschlagnahmen.

3. Planmäßige Verteilung aller wichtigen Lebensmittel und Gebrauchsartikel durch die Kommunen unter Zuhilfenahme des technischen Apparates der Konsumgenossenschaften. Den Konsumgenossenschaften ist das Monopol der Verteilung an die Bevölkerung zu übertragen. Sie müssen das Recht der Beschlagnahme von Transportmitteln, Lagerräumen, Verkaufsstellen usw. erhalten. Kleinhändler sind von ihnen aus zu beliefern. Zur Kontrolle der Verteilung werden Konsumentenausschüsse gebildet aus der organisierten Arbeiterschaft. Für die einzelnen Provinzen und für das Reich ist eine Verteilungs-Ausgleichstelle zu schaffen.

4. Zur Durchführung dieser Maßnahmen ist eine Wucherpolizei aus der organisierten Arbeiterschaft zu bilden. Alle Verstöße gegen diese Ordnung sind vor zu bildende Arbeiterwuchergerichte zu bringen.

5. Die gesamte Ausfuhr ist in der Hand des Reichs zu monopolisieren. Sperrung der Grenzen durch die obengenannte Wucherpolizei.

Diese Forderungen sind Notmaßnahmen und stellen das Mindeste dar, was die arbeitenden Massen im

Das Wirth-Kabinett zu Oberschlesien.

„Tiefe Enttäuschung", aber hohe Börsenkurse.

Das zweite Kabinett der Erfüllung auf Kosten des Proletariats ist da. Sein erster Regierungsakt war folgender: Der deutsche Botschafter in Paris übermittelte der Botschafterkonferenz eine Note, in der es heißt:

Die Deutsche Regierung hat mit tiefer Enttäuschung von der Note des Obersten Rates vom 20. Oktober Kenntnis genommen. Sie erblickt in dem territorialen und wirtschaftlichen Diktat, welches dadurch dem Deutschen Reich auferlegt wird, nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk, der sie wehrlos gegenübersteht, sondern auch eine Verletzung des Versailler Vertrages. Die Deutsche Regierung legt daher gegen den hierdurch geschaffenen Zustand ausdrücklich Verwahrung ein. Lediglich unter dem Druck der in der Note ausgesprochenen Drohungen, und um der deutschen Bevölkerung des oberschlesischen Industriegebietes die sonst bevorstehende Verelendung soweit wie möglich zu ersparen, sieht sich die Deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entsprechend die darin vorgesehenen Delegierten zu ernennen. Die Namen der deutschen Delegierten werden unverzüglich mitgeteilt werden.

Daß die wirtschaftlichen Bestimmungen der Oberschlesienteilung ein gutes Mittel für die deutsche Bourgeoisie sind, das Kleinbürgertum nationalistisch aufzuputschen und im Berliner Lustgarten Entrüstungsdemonstrationen in Szene zu setzen, hindert nicht, daß auch aus dem oberschlesischen Handel fette Millionen-Profite für das Kapital fließen. Die Aktien der Laurahütte sind an der gestrigen Berliner Börse von 678 auf 1500 Prozent gesprungen. Die Laurahütte mit fast allen ihren Anlagen liegt bekanntlich im polnisch werdenden Gebiet.

„Möglicherweise — so schreibt das „Berliner Tageblatt" — hängt diese Kurssteigerung aber gerade damit zusammen, daß die Kabinetts- und Reichstagskrise gestern in dem Sinne gelöst worden ist, daß eine neue Regierung gebildet wurde, die sich zu Verhandlungen mit Polen über die oberschlesische Wirtschaftsgemeinschaft bereit erklärt hat. Das „Tageblatt" faßt zusammen:

Auf das Bekanntwerden des Teilungsbeschlusses stiegen die Aktien derjenigen Gesellschaften, deren Anlagen hauptsächlich bei Deutschland bleiben, während die der polnisch werdenden Werke zur Abschwächung neigten. Nachdem die Deutsche Regierung sich grundsätzlich zu Verhandlungen über die Wirtschaftsgemeinschaft bereit erklärt hat, zogen die Aktien der polnisch werdenden Werke an und zwar offenbar deswegen, weil man glaubt, daß die Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft diesen Werken erheblich nützen werde."

Die deutsche Bourgeoisie schreit weiter Jeter und Mordio über das Genfer Diktat und stopft sich dabei ohne Gewissensbisse die Taschen voll. Dazu dient das mit sozialdemokratischer Hilfe gebildete Wirth-Kabinett, hinter dessen unparteiischen Kulissen stärker als je zuvor Stinnes steht.

Die Ententeantwort auf Wirths Oberschlesiennote.

„Der deutsche Protest wirkungslos."

(EE.) Paris, 28. Oktober.

Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich mit dem Schreiben des deutschen Botschafters Dr. Mayer, das den Protest der Reichsregierung enthält. Hierzu erklärt das „Petit Journal", dieser Protest sei unzulässig. Die Botschafterkonferenz habe daher beschlossen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß der deutsche Protest als nicht eingetroffen und wirkungslos betrachtet werde. Deutschland habe keinerlei Meinung über die Entscheidung des Obersten Rates auszusprechen, Deutschland habe nur seine Bevollmächtigten zu ernennen. Dies tat Deutschland. Diese Ernennung muß als der Hinweis betrachtet werden, daß Deutschland ohne Vorbehalt und mit allen Folgen die Regelung der oberschlesischen Frage, die ihm bekanntgegeben wurde, annimmt. Die Redaktion der Antwortnote auf den deutschen Beschluß wurde gestern vorbereitet, der Wortlaut wird noch heute den Delegierten vorgelegt werden und Berlin übermittelt.

Diese Antwort ist ein Teil des großen Komödienspiels über Oberschlesien. Die Protestnote Wirths heuchelte „tiefe Enttäuschung", was nicht hinderte, daß die Kurse der polnisch werdenden Industrieaktien an der Berliner Börse turmhoch emporstiegen — ein Beweis, daß die oberschlesische Teilung und die Wirtschaftsbedingungen für die deutsche Bourgeoisie kein Verlust, sondern ein glänzendes Geschäft ist. Der entrüstete Notenwechsel, der schroffe Ton von hüben und drüben dient nur als Mittel zur nationalistischen Aufschreckung des Kleinbürgertums. Wirth wußte bei der Absendung der Entrüstungsnote ganz genau, daß die Entente sie lächelnd in den Papierkorb werfen würde.

Die neue Ententeantwort gibt der Wirthregierung die Möglichkeit zu einer neuen Märtyrergeste und unterstützt Stinnes in seinem Streben nach der „nationalen Einheitsfront" gegen das Proletariat.

jetzigen Augenblicke zu ihrem Schutz vor Hunger und Auswucherung verlangen und tun können. Sie müssen ergänzt und ausgebaut werden durch eine Kontrolle der gesamten Produktion und Verteilung durch die Arbeiterschaft, durch den Anbauzwang für die großen Landgüter, durch die Normierung der Erzeugung von Gebrauchsartikeln, durch die Erfassung der Goldwerte durch den Staat zwecks Tilgung der Schuldenlasten. Um dem organisierten Ansturm des Großkapitals, der Stinnesleute und dem unorganisierten Raubzug der kleineren Schieber und Wucherer gewachsen zu sein, um ihre Forderungen durchzusetzen, um die Regierungsmaschine für ihren Schutz in Gang zu bringen, müssen die gesamten Arbeiterorganisationen gemeinsam den Kampf führen. Es ist vor allem die Aufgabe der Gewerkschaften und Genossenschaften, den Kampf gegen Teuerung, Ausverkauf und Lohnabbau zu führen. Sie haben die Aufgabe, den Massen die Schwere der Gefahr zu zeigen, sie in Massenversammlungen und Demonstrationen zu mobilisieren und so der Bourgeoisie die geschlossene Macht und den Einheitswillen der hungernden Proletariermassen entgegenzustellen.

Arbeiter, Hausfrauen, Angestellte, Beamte und alle von der Hungersnot Betroffenen, erhebt Eure Stimme, macht allerorts Eure Gewerkschaften, Genossenschaften, politischen Parteien mobil und zwingt sie zur gemeinsamen Abwehr des Hungerelends. Vor allem Ihr Betriebsräte, tretet zu Vollversammlungen zusammen, beratet die Maßnahmen, beginnt mit der Kontrolle des Verkehrs, des Handels, der Produktion. So nur durch aktive organisierte Selbsthilfe wird das arbeitende Volk die schwere Katastrophe von seinem eigenen Haupte abwenden, und wird die Schuldigen zwingen, die Folgen ihrer Profit- und Wucherwirtschaft selber zu tragen.

Immer neue Preissteigerungen.

Der Verband deutscher Herdfabrikanten hat die Preise für Herde aller Art „erheblich" in die Höhe gesetzt. Ueber das Ausmaß der Preiserhöhung wird noch nichts mitgeteilt.

Von den an der Elbschiffahrt beteiligten Gesellschaften wird eine neuerliche gewaltige Steigerung der Elbefrachten gemeldet.

In Südbayern hat die Preistreiberei für Getreide einen unglaublichen Umfang angenommen. Für eine Tonne Weizen, die im Frieden dort etwa 190 M. kostete und für die der jetzige Umlagepreis 2300 M. beträgt, wurden weit über 6000 M. gezahlt. Infolgedessen hat die Südbayerische Mühlenvereinigung den Getreideeinkauf vorläufig überhaupt eingestellt.

Die Superphosphatindustrie hat für ihre Erzeugnisse gleichfalls eine starke Steigerung der Preise angekündigt. Am 10. Oktober ist außerdem bereits die Preiserhöhung für stickstoffhaltige Düngemittel in Kraft getreten. Da Stickstoff- und Superphosphatmischungen für den intensiven Ackerbau unentbehrliche Düngemittel sind, so bedeuten beide Preiserhöhungen, daß auch die Preise für Ackererzeugnisse aller Art weiter in die Höhe gehen werden.

Der Preis für Koks hat sich um 10 Prozent erhöht.

Siegerländer Spateisenstein stieg um 20 Prozent.

Der Eisenwirtschaftsbund in Essen hat am 25. Oktober die Preise für Roheisen aller Art um etwa 30 Prozent, teilweise bis 100 Prozent gesteigert.

Das Schraubstocksyndikat in Westfalen erhöhte den Aufschlag für Schraubstöcke bei Inlandlieferung von 500 auf 670 M.

Der Verein Deutscher Geschäftsbücherfabrikanten beschloß, die Preise um 15 bis 20 Prozent zu erhöhen.

Der Verband der Deutschen Veredelungsanstalten für baumwollene Gewebe in Leipzig hat beschlossen, für seine Produkte einen Teuerungszuschlag von zunächst 25 Prozent hinzuzusetzen. Am 1. Januar 1921 soll mit weiterer Preissteigerung gerechnet werden.

Die Gewerkschaftsführer im Bunde mit den Nationalisten.

Im Verein mit den Führern der nationalen Gewerkschaften sind die Vorstände des ADGB. und der Afa in einem längeren Aufruf, der sich gegen die Teilung Oberschlesiens wendet, an die Oeffentlichkeit getreten. Sie betonen darin, daß sie den „ehrlichen Willen zur Mitarbeit an den Pflichten der Reparation" wiederholt bekundet hätten und klagen dann ganz in dem bekannten nationalistischen Stil über das von der Entente und dem Völkerbund begangene Unrecht. Die Gewerkschaftsführer stellen sich damit in eine Reihe mit der Bourgoisie, die die oberschlesische Frage benützt, um durch einen nationalistischen Rummel die große Masse des arbeitenden Volkes von dem Kampf gegen ihre wirklichen Feinde, die Kapitalisten, abzuhalten.

Die Gewerkschaftsführer wissen natürlich sehr genau, daß sie mit ihrem Protest bei den Ententekapitalisten absolut keinen Eindruck machen. Das ist auch sicher nicht ihre Absicht. Der wahre Zweck, den sie damit verfolgen, ist ein ganz anderer. Sie wollen mit dem Aufruf schon im voraus die Arbeiterschaft von einem Kampf gegen die ihr drohende neue Belastung zurückhalten, indem sie ihr sagen, daß nicht die deutschen Kapitalisten, sondern die Entente schuld an ihrem Lose ist. Sie tun das, obwohl sie genau wissen, daß die Kapitalistenklasse noch nie größere Profite eingeheimst hat als in der jetzigen Zeit. Wie weit die Gewerkschaftsführer in ihrem Nationalismus gehen, geht aus folgender Stelle des Aufrufs hervor:

„Das in Deutschland gepflegte (!) und gesetzlich festgesetzte Koalitionsrecht der Arbeitnehmer ist in Polen nicht gewährleistet. Rechtlos und hilflos sind unsere Volksgenossen dem Mißbrauch der politischen Gewalt durch die Behörden preisgegeben."

Als ob das in Deutschland viel anders wäre! Von der „Pflege" des Koalitionsrechts in Deutschland kann sich zur Zeit jeder überzeugen, der das Vorgehen der Polizei gegen die streikenden Gastwirtsgehilfen in Berlin mit ansieht. Das „gepflegte Koalitionsrecht" wird in Deutschland auch trefflich illustriert durch die gerichtlichen Streikpostenverbote, durch die Urteile der Klassenjustiz gegen streikende Arbeiter und nicht zuletzt durch die in Aussicht stehenden Gesetze, wie Schlichtungsordnung und andere, die von dem Koalitionsrecht der Arbeiter nicht mehr viel übrig lassen. Es ist ein Skandal, daß die Vertreter der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen in einer Zeit, in der das international verbündete Kapital die Arbeiterschaft immer tiefer ins Elend hinabstößt, nichts Besseres zu tun wissen als nationalistische Aufrufe herauszugeben.

Die Gefahr einer Stinneskoalition besteht nach wie vor.

Unabhängige und Sozialdemokraten umjubeln das zweite Kabinett Wirth. Es wäre aber das Verfehlteste, wenn die Arbeiterschaft sich über den wahren Charakter dieser Regierung und der letzten Regierungskrise irgendwelchen Täuschungen hingebe. Die Parteiführer mögen sich noch so sehr als rauhe Kämpen aufspielen: die Kämpfe, die sie geführt haben wollen, haben nicht stattgefunden, die Wunden, die sie den Anhängern der breiten Koalition geschlagen haben wollen, sie sind nicht vorhanden.

Vor allem die oberschlesische Frage, der äußere Anlaß der Regierungskrise selbst. Die „Sozialistische Korrespondenz", ein gewiß unverdächtiger Zeuge, bestätigt uns, daß Oberschlesien für die an der Regierungskrise beteiligten Parteien gar kein Streitpunkt gewesen war, sondern nur ein Vorwand, um ein Stück weiter auf dem Wege zur Stinnesregierung zu kommen. Die „S. K." schreibt:

„In Wirklichkeit wissen alle Menschen, die über 5 gesunde Sinne verfügen, ganz genau, daß es einen anderen Weg als die Hinnahme der unabwendbaren Entscheidung und die Entsendung der Kommissare zu Wirtschaftsverhandlungen überhaupt gar nicht gab."

Aber die breite Koalition ist doch verhindert worden? Ein anderer unverdächtiger Zeuge, die „Kölnische Zeitung" liefert uns den Beweis dafür, daß die Deutsche Volkspartei jederzeit hätte in die Regierung eintreten können, wenn sie es gewollt hätte. Die „Kölnische Zeitung" ist mit der abwartenden Haltung der Stinnespartei unzufrieden, unterwirft ihre Oberschlesienpolitik einer scharfen Kritik und schreibt dann:

„Dazu kommt, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei um einer aussichtslosen Demonstration willen das endlich erreichbare Ziel ihres jahrelangen Bemühens in der innern Politik, die große Koalition, die allein den Wiederaufbau hätte gewährleisten können, in dessen Zeichen die Partei stark und groß geworden, fahren läßt."

Der dritte Zeuge, das „Berliner Tageblatt", endlich stellt fest, daß im Gegenteil die Grundlage für die breite Koalition schon geschaffen ist, und daß das Kabinett Wirth nur die Vorstufe zu der offenen Stinneskoalition ist:

„Die gestrige Abstimmung hat gezeigt, daß im Reichstag für eine bestimmte Linie der Politik eine große Mehrheit zu finden war. Es kann deshalb keinem Zweifel unterliegen, daß es auf dem verfassungsmäßigen Weg, ohne den Umweg über die Parteien, den diesmal schon die Kürze der Zeit verbot, möglich gewesen wäre, ein Kabinett von Männern zu finden, dem nicht nur Mitglieder der Demokraten, die gestern der Regierungserklärung zustimmten, sondern wohl auch Mitglieder der Deutschen Volkspartei angehört hätten, die sich gestern versagte. Ohne Zustimmung ihrer Fraktionen berufen, aber dann durch das Vertrauensvotum des Reichstags gestützt."

Diese offenherzigen Aeußerungen genügen, um Klarheit über die Lage zu schaffen. Die Gefahr einer Stinneskoalition besteht nach wie vor. Stinnes ist seinem Ziele noch einen Schritt näher gekommen. Die zweite Regierung Wirth ist nur noch eine Kulisse der breiten Koalition. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" spricht offen aus, daß diese Regierung den Kampf um die Steuervorlagen nicht überleben werden.

Die Arbeiterschaft muß ihre Politik diesen Tatsachen entsprechend einstellen. Es gilt der drohenden Gefahr ohne irgend welcher Illusion ins Auge zu sehen. Alle Kräfte müssen angespannt werden, um das Zustandekommen einer Stinneskoalition zu verhindern.

Rettet die Kinder Sowjetrußlands!

Gegen das Verbot des „Klassenkampf".

Halle, 26. Oktober.

Das unter der lächerlichsten Begründung erfolgte Verbot des kommunistischen Organs „Klassenkampf" hat die Hallesche Arbeiterschaft in eine ungeheure Erregung versetzt. Heute abend fanden gleichzeitig zwei überfüllte Massenversammlungen im Volkspark statt, die einstimmig eine fünfgliedrige Kommission wählten, die die sofortige Aufhebung des Verbots bei den Behörden erwirken soll. Für Sonnabend wurde eine Versammlung der gesamten Arbeiterschaft auf dem Hallmarkt beschlossen, wo die Kommission über den Erfolg der Verhandlungen Bericht erstatten soll.

Einstimmig nahmen die Versammelten folgende Resolution an:

„Die am 26. Oktober im Volkspark in Massen versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen aller Parteirichtungen Halles protestieren auf das Schärfste gegen das vollkommen unbegründete Verbot des „Klassenkampf". Die Versammelten erblicken in dem Verbot eine unerhörte Herausforderung der Arbeiterschaft und eine grobe Verhöhnung der Republik und Demokratie um so mehr, als sich die reaktionären Parteien unter dem Schutze staatlicher Organe täglich die rücksichtslosesten Angriffe gegen die Republik erlauben dürfen. Die Versammelten fordern von den Behörden die sofortige Aufhebung des Verbots des „Klassenkampf". Sie erklären, daß sie bei Aufrechterhaltung des 14tägigen Verbots bereit sind, weitere Schritte zu unternehmen, um die Aufhebung mit allen Mitteln zu erzwingen."

Der Kartoffelkrieg in Braunschweig.

Schon zu Beginn der jetzigen großen Teuerungswelle demonstrierte das gesamte Proletariat in Stadt und Land Braunschweig einheitlich gegen den Wucher. Das Gewerkschaftskartell und die drei Arbeiterparteien verlangten mehrmals energische Maßnahmen der Regierung, andernfalls wurde Selbsthilfe angedroht. Da die Regierung zunächst zögerte, erfolgten in den Kreisen Holzminden und Gandersheim große Demonstrationen der hungernden Arbeiter und im Anschluß daran Preisfestsetzung für alle notwendigen Lebensmittel durch die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft.

Inzwischen hatten die Arbeitervertreter in der Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung erklärt: Entweder werden in kurzer Zeit billige Kartoffeln geliefert oder die Arbeiter gehen aufs Land auf die Güter und holen sich die Kartoffeln. Da auch die Zeitungen der drei Arbeiterparteien sehr deutliche Worte sprachen, erließ der Ernährungsminister eine Verordnung, wonach der Höchstpreis für den Zentner Kartoffel 35 M. betrug. Landwirte, die mehr verlangten, wurden der Wucherpolizei übergeben. Die Folge dieser Verordnung war, daß Kartoffeln überhaupt nicht mehr auf dem Markt erschienen.

Hiergegen erhoben das Gewerkschaftskartell, die politischen Parteien und die Stadtverordneten scharfen Protest. Da die Empörung der Bevölkerung bis aufs höchste gestiegen war, ließ die Regierung durch die Kreisdirektionen bei den Landwirten Kartoffeln für die Minderbemittelten zum Preise von 20 M. anfordern. Aus Angst vor der Zwangsenteignung durch die Arbeiterschaft stellten besonders die Güter dicht bei der Stadt Kartoffeln zu diesem Preis für Minderbemittelte zur Verfügung. Nachdem so für einen Teil der Allerelendsten einige Zentner Kartoffeln geschafft waren, ließ leider die Energie des Gewerkschaftskartells und die Kurage der Regierung nach. Die Verordnung über den Höchstpreis von 35 M. wurde aufgehoben, im selben Augenblick wurden wieder Kartoffeln angeliefert und der Preis steht jetzt auf 70 M.; er wäre vielleicht noch höher, wenn den Wucherern nicht noch etwas Angst im Leibe geblieben wäre.

Die Arbeiterschaft aber hat aus diesem wochenlangen Kartoffelkrieg gelernt, daß es möglich ist, den Wucher zu unterdrücken, wenn das gesamte Proletariat einig und energisch gegen die Ausbeuter vorgeht. Ebenso sicher aber sitzen ihm die Wucherer im Nacken, sobald es in seiner Energie und Geschlossenheit nachläßt.

Die Erbitterung der oberschlesischen Arbeiter.

Anwachsen der kommunistischen Bewegung.

(WTB.) Kattowitz, 27. Oktober.

Die sozialistische Kattowitzer „Gazetta Robotnitza" berichtet in einer Korrespondenz aus Laurahütte, daß die kommunistische Bewegung in Oberschlesien jeden Tag zunehme. Alles warte nur darauf, daß die oberschlesische Frage endgültig gelöst werde, um den Generalstreik zu beginnen.

Explosionsunglück in einer Munitionsfabrik.

(TU.) Frankfurt, 27. Oktober.

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich heute früh in der Munitionsfabrik Kelsterbach, und zwar beim Verladen von Schwarzpulver. Es verunglückten 6 Mann; einer wurde getötet, zwei schwer und drei leicht verwundet. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Es ist kein Zufall, daß sich gerade jetzt die Explosionsunglücksfälle häufen. Es ist die Folge der Vernichtung der letzten Errungenschaften der Revolution durch das profitlüsterne Kapital. Die vielen getöteten Arbeiter sind die Opfer der deutschen Erfüllungspolitik, die für das deutsche Kapital zu einem einträglichen Geschäft geworden ist. Die Arbeiter haben aber auch ein Interesse daran, zu erfahren, gegen wen, drei Jahre nach Kriegsschluß, die noch immer hergestellte Munition bestimmt ist. Sechs Arbeiter waren des Opfer eines Zufalls. Tausende werden durch den kommenden lange vorbereiteten und bewußt durchgeführten Arbeitermord ihr Leben verlieren.

Gegen den Wucher.

Die Ortsgruppe Bremen der Kommunistischen Partei hat an die SPD., USP. und den Ortsausschuß geschrieben:

„Die Großhändler, Schieber und Agrarier treiben einen fast unerträglichen Kartoffelwucher. Die arbeitende Bevölkerung ist nicht in der Lage, die Wucherpreise zu bezahlen. Inzwischen verschwinden die Kartoffeln durch Aufkäufer ins Ausland. Die Preise für alle Bedarfsartikel steigen, die Mark fällt im Wert. Wir ersuchen Euch, bis zum 29. Oktober uns mitzuteilen, ob Ihr bereit seid, mit uns gemeinsam zu demonstrieren und gemeinsame Forderungen an die Kommunen und Unternehmer zu stellen."

Helft den russischen Brüdern und Schwestern!

Lohnkämpfe im Reich.

Gesamtkündigung der Transportarbeitertarife im Rheinland.

In ganz Rheinland-Westfalen sind die Transportarbeitertarife, darunter auch die der Straßenbahner gemeinsam gekündigt und neue Lohnforderungen erhoben worden. Neben der Lohnfrage spielt diesmal die Bezahlung der Ueberstunden eine große Rolle. Die Arbeiter des rheinisch-westfälischen Transportgewerbes sind gewillt, wenn nötig, gemeinsam in den Kampf zu treten.

*

Elektrikerstreik in Stettin.

Beim städtischen Kraftwerk Stettin sind die Arbeiter in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Wirtschaftsbeihilfe. Hauptursache sind jedoch Differenzen zwischen Verwaltung und Betriebsrat. Die Technische Nothilfe ist eingesetzt worden (!).

*

Porzellanarbeiter-Aussperrung auch in Süddeutschland.

Der Kampf in der deutschen Porzellanindustrie umfaßt bis jetzt 150 Betriebe mit weit mehr als 25 000 Arbeitern. Nunmehr hat der Arbeitgeberverband der Porzellanindustrie beschlossen, sämtliche Arbeiter der Porzellan- und Steingutindustrie zu entlassen. Der Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes hat nach einer Mitteilung des Arbeitgeberverbandes Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium abgelehnt. **Eine Porzellanarbeiterkonferenz der süddeutschen Zahlstellen beauftragte den Verbandsvorstand, unbeirrt an den aufgestellten Forderungen festzuhalten.**

*

Gemeinsamer Lohnkampf in Solingen.

Der Lohntarif für den unteren Kreis Solingen ist von sämtlichen Gewerkschaften gekündigt worden. Wenn nötig, soll ein gemeinsamer Kampf geführt werden.

*

Die mißlungene Bauarbeiter-Aussperrung in Württemberg.

Einen Streik der Bauarbeiter in Stuttgart und Göppingen beantwortete der Unternehmerverband mit dem Aufruf zu einer allgemeinen Aussperrung aller Bauarbeiter in ganz Württemberg. Wie der Bauarbeiterverband nun mitteilt, ist der Streich der Scharfmacherverbände ein Schlag ins Wasser gewesen. Die Gesamtlage ist folgende: Außer in Groß-Stuttgart wird noch gestreikt in Göppingen, Neckargartach, Neckarsulm und Sundheim. Ausgesperrt sind die Arbeiter noch in Ludwigsburg, Rottweil und Ulm. Dagegen sind in den 78 übrigen Lohngebieten Württembergs die Unternehmer auf die Forderungen des Arbeitgeberverbandes nach allgemeiner Aussperrung nicht eingegangen. Trotzdem der Scharfmacherverband seine Agenten im ganzen Lande herumschickte, um die Unternehmer zum Anschluß an die Aussperrung zu bewegen. Die Gesamtzahl der Streikenden und Ausgesperrten betrug am Samstag abend in allen vier beteiligten Organisationen 5371.

Der Achtstundentag.

Seit Bestehen der Gewerkschaften stand neben dem Ringen um höhere Löhne der Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit stets im Vordergrund. Der von dem Internationalen Sozialistenkongreß im Jahre 1889 in Paris mit großer Begeisterung gefaßte Beschluß, in allen Ländern den Kampf um die Einführung des Achtstundentages aufzunehmen, wurde sehr bald von allen freien Gewerkschaften als erster Programmpunkt erklärt. Was damals selbst von Millionen von Arbeitern für eine Utopie angesehen wurde, rückte durch einen zähen und ungemein schweren Kampf im Laufe der Jahrzehnte immer mehr in den Bereich der Möglichkeit. Die 11- und 12stündige Arbeitszeit, die ums Jahr 1890 noch vorherrschte, ist bis zum Krieg auf 10, 9 und stellenweise gar bis auf 8 Stunden reduziert worden, doch gab es auch da noch eine große Anzahl von rückständigen Industriezweigen, in denen noch 11 und 12 Stunden gearbeitet wurde.

Da brach mit Kriegsende die Revolution aus und für Millionen Proletarier ganz unerwartet wurde durch die Revolutionsregierung im November 1918 der Achtstundentag zum Gesetz erhoben. Jeder Unternehmer machte sich strafbar, der länger als 8 Stunden arbeiten ließ. Die Nationalversammlung hat nachträglich diese Verordnung der Volksbeauftragten sanktioniert, aber gleichzeitig ein Arbeitszeitgesetz in Aussicht gestellt. Mit dem Wiedererstarken des Kapitalismus setzten auch sofort die Bestrebungen ein, den Achtstundentag zu durchbrechen und zu beseitigen. Doch die sozialdemokratischen Parteien sowohl wie die gesamten Gewerkschaften erklärten bei allen möglichen Anlässen, daß sie die Aufhebung des Achtstundentages nie und nimmer zulassen würden. Umbreit, der offizielle Vertreter des ADGB., erklärte noch in diesem Frühjahr in einem Artikel, daß für die Gewerkschaften der Achtstundentag die Kardinalfrage bedeute.

Doch systematisch wurde von dem Unternehmertum auf die Beseitigung des Achtstundentages hingearbeitet und in immer zahlreicheren Fällen wurde durch Ueberstunden oder Ueberschichtenarbeit der Achtstundentag in der Praxis aufgehoben. Die Gewerkschaften taten nichts dagegen. Und nachdem die Vertreter des ADGB. den Reparationsforderungen der Entente zugestimmt hatten, fanden sich selbst in den Kreisen führender Gewerkschafter Leute wie Biedermann, Graßmann u. a., die für die Beseitigung des Achtstundentages eintraten. Doch in der Gewerkschaftspresse wurde nach wie vor bis auf den heutigen Tag in hochtönenden Worten verkündet, daß jeder ernstliche Angriff auf den Achtstundentag den Kampf der Millionenarmee von Gewerkschaftsmitgliedern heraufbeschwören müßte. Nun, jetzt ist dieser Zeitpunkt da. Auch der Naivste kann nicht mehr daran zweifeln, daß der Achtstundentag durch die Macht des Unternehmertums und durch die Schlappheit oder stillschweigende Duldung der Gewerkschaftsleitungen in einer Anzahl von Industriezweigen schon beseitigt und in der übrigen Industrie so unmittelbar bedroht ist, daß er nur durch die sofortige Aufnahme des Kampfes der gesamten Arbeiterklasse erhalten werden kann.

Die Regierung hat den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes eingebracht, der zwar formell die 48-Stunden-Woche aufrecht erhält, aber soviel Ausnahmen zuläßt, daß er in der Praxis auf eine Aufhebung des Achtstundentages hinausläuft. Die Unternehmer warten erst gar nicht ab, bis dieser Entwurf Gesetz wird, sondern bestimmen schon einfach durch Anschlag am schwarzen Brett, daß von einem bestimmten Datum ab 56 Stunden pro Woche oder 9 und 10 Stunden pro Tag gearbeitet wird. Wer sich dem nicht fügt, wird entlassen. Wir haben im Laufe der letzten Monate von einer großen Anzahl von Fällen dieser Art berichtet, u. a. von den verschiedenen Werken der Chemischen Industrie, wo heute fast durchweg 56 Stunden pro Woche gearbeitet wird, von der 10stündigen Arbeitszeit bei Thyssen und einer Anzahl rheinisch-westfälischer Werke, von der Aufhebung des Achtstundentages durch die Eisenbahnbehörden. Erst dieser Tage hat die sächsische Maschinenfabrik in Chemnitz, trotzdem sich die Arbeiterschaft in geheimer Abstimmung mit vier Fünftel Mehrheit dagegen aussprach, die Ueberarbeit von 1½ Stunden pro Tag kategorisch angeordnet, ohne vorher eine behördliche Erlaubnis dazu einzuholen.

Kein Staatsanwalt, keine Justizbehörde, die, wenn es sich um Kommunisten handelt, so eifrige Gesetzeswächter sind, haben bis jetzt an der offenen Verhöhnung des Gesetzes durch die Unternehmer Anstoß genommen. Doch weit schlimmer ist, daß die Gewerkschaften trotz all ihrer schönen Beteuerungen keinen Finger rühren, um den schweren Schlag gegen die Arbeiterschaft abzuwehren. Wohl wurde der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes in der Gewerkschaftspresse kritisiert, aber man hat der Arbeiterschaft vorgeredet, daß die drohende Gefahr durch das Parlament abgewendet werden könne. Kein Appell an die Arbeiterschaft, kein Aufruf zum entschlossenen Kampf, ja noch nicht einmal der Versuch zur Einleitung einer Abwehraktion wurde seitens der Gewerkschaften unternommen. Das Organ des ADGB., das „Korrespondenzblatt", das viele Spalten seines Raumes für die Verherrlichung des Görlitzer Parteitages übrig hatte, hat außer einer lendenlahmen Kritik an dem Gesetzentwurf bis jetzt noch nicht einmal für nötig befunden, auch nur eine Zeile über die vielen Fälle, in denen der Achtstundentag beseitigt wurde, zu schreiben. Aber auch die übrige Gewerkschaftspresse hat, soweit sie überhaupt dazu Stellung nahm, noch nicht einen konkreten Vorschlag zu einer Abwehraktion gemacht. Ja, es gibt sogar Gewerkschaftsführer, die verblendete Arbeiter, die, um eine Erhöhung ihres geringen Lohnes zu erreichen, einer Verlängerung der Arbeitszeit zustimmen, als Argument ins Feld führen und sagen, daß die Arbeiter selbst kein Interesse am Achtstundentag haben.

Wenn alle Gewerkschaftsinstanzen versagen, dann müssen die Arbeiter den Kampf selbst organisieren. Sie müssen zunächst überall grundsätzlich jede Ueberschreitung des Achtstundentages oder der 48-Stunden-Woche ablehnen und darüber hinaus ihre Gewerkschaftsleitungen zwingen, die Organisierung des Abwehrkampfes auf breitester Grundlage vorzunehmen, denn das eine steht fest, nicht durch Einzelaktionen und auch nicht durch das Parlament kann der Achtstundentag gehalten werden, sondern nur durch eine gewaltige Massenaktion des gesamten Proletariats.

„Selbstschutz" Oberschlesien.

In welchem Umfange die Reichsregierung mit allen ihren Behörden die weißgardistische Orgescharmee in Oberschlesien unterstützt hat, können wir an Hand von einigen Tatsachen zeigen.

Ein Gewährsmann berichtet uns:

Die geheimen Geldsendungen.

Im Juli 1920 schon erhielt ich, was mich zunächst in Erstaunen setzte, per Post einen Betrag von 110 M. Absender war ein Jägerbataillon der Reichswehr. Als ich mich im Herbst 1920 in meine Heimat begab, liefen solche Beträge immer häufiger und bis zur Höhe von 480 M. bei mir ein. Der Absender war stets (lt. Stempel) ein anderer Reichswehrtruppenteil. Diesen Sendungen fehlte jegliche Erläuterung, auch war nicht vermerkt, wofür das Geld sein sollte. Als nun der Briefträger mit der fünften Sendung erschien, verweigerten meine Angehörigen die Annahme des Geldes. Ich wandte mich daraufhin an die Polizei, und hier eröffnete mir ein höherer Beamter, daß meine Person dennoch der richtige Empfänger sei: er, der hohe Polizeibeamte, wäre „genau darüber orientiert".

Die Reichswehr schenkt Leuten Geld, die Polizei ist über diesen Raub aus den Taschen des Volkes orientiert, doch hat sie Gründe, ihn zu dulden. Und wozu diente das den Arbeitern vom Lohne abgezogene Geld? Unser Gewährsmann berichtet weiter:

„Im Januar 1921 trat nun ein höherer Offizier an mich heran und bewog mich zur Bildung einer Kompagnie im Divisionsabschnitt ..... für die deutsche Geheimorganisation in O.-S."

Arbeitergroschen, Regierungsgelder für einen neuen Krieg! Das sind die Tatsachen. — So sah der spontane „Zusammenschluß der Bevölkerung" zur Abwehr aus, von der die Regierung berichtete.

Die Gliederung der Geheimorganisation.

Die gegen den Frieden der Welt gerichtete Geheimorganisation der deutschen Regierung gliederte sich in Divisionsabschnitte. Gleiwitz (als Haupt), dann Beuthen, Tarnowitz, Kattowitz, Rybnik, Pleß, Ratibor, Leobschütz, Oberglogau, Kosel, Oppeln, Lublinitz, Kreuzburg, Hindenburg. Diese Divisionsabschnitte tragen Decknamen wie: Anton, Cäsar, Dietrich, Friedrich, Paul, Wacholder, Keil usw. Nicht nur die Formationen, sondern auch die Führer bedienen sich durchweg der „Decknamen".

Nach jedem Divisionsabschnitt sandte die Oberste Heeresleitung (OHL.), die ihren Sitz in Breslau hatte und noch jetzt hat, einen Stab von 3—4 Offizieren aus dem Reich, von denen der eine den Vorsitz, der zweite die Waffen, der dritte die Finanzen unter sich hatte. Zu diesem Grundstab werden in jedem Divisionsabschnitt noch ca. 25 einheimische ehemalige Offiziere hinzugezogen. Die Aufgabe dieser Offiziere war es (Januar 1921!), die Kompagnien zu organisieren. Ein Divisionsabschnitt hatte durchweg 10 Kompagnien mit insgesamt ca. 1800 Mann. Die Kompagnie teilte sich in ca. 20 Züge in Stärke von je 8 bis 14 Mann. Die Gruppenführer, Zugführer und ihre Stellvertreter mußten Chargierte der alten kaiserlichen Armee sein. Auch die Mannschaften müssen beim alten Militär gewesen und zuverlässig deutscher Gesinnung sein (selbst die Sozialdemokraten waren von diesem „Zusammenschluß der Bevölkerung" ausgeschlossen).

Die angeworbenen Mannschaften hatten weiter ihrer bürgerlichen Arbeit nachzugehen, bis sie zu „Aktionen" kommandiert oder für ihre systematischen Provokationen und Spitzeleien von den Arbeitskollegen aus dem Betriebe gejagt wurden. In diesen Fällen erhielten Mannschaften 50 Mark tägliche Löhnung, Führer das doppelte. Um die Mannschaften bei guter Laune zu erhalten, gewährte man ihnen weitestgehende Unterstützung, alles erhielten sie unentgeltlich: ärztliche Behandlung, Ersatz von Sachen, Wohnung, gefälschte Papiere (um sich nach vollbrachter „Tat" in Sicherheit zu bringen), ja, man versicherte sie sogar gegen sämtliche Schäden. — Die erste Ausrüstung der Mannschaften bestand in Gummiknüppeln und Eichenstöcken, erst zu besonderen Aktionen gab man ihnen die sorgsam versteckten Schußwaffen.

Die Aufgaben der Mannschaften.

Die Tätigkeit der Mannschaften bestand in der Propaganda durch die „Tat" — sie war durchweg terroristisch. Es sollten **Reibereien mit der polnischen Bevölkerung provoziert,** polnische Versammlungen gesprengt werden usw. — **Leute, die sich dabei als tüchtig erwiesen, wurden zum „Schlesischen Adler" I. und II. Klasse vorgeschlagen.**

Wer erinnert sich bei dieser Organisation und Tätigkeit der Geheimorganisation nicht gleich der famosen Arbeitsgemeinschaften à la Roßbach, der „unauffindbaren" Mörder der Sozialisten Schottländer und Demmig, Gareis usw.! Die Mörder sind unauffindbar, weil die „Pöhner" in Breslau, München, die Urheber und Mitwisser und Schützer der Geheimorganisation des Mordes sind!

70 000 Mark tägliche Ausgaben.

Ueber die Ausgaben des Selbstschutzes und ihre Deckung teilt man uns folgendes mit: „Ohne die Zentrale, den Waffen- und Autokauf betrugen die laufenden Ausgaben des SSOS. durchschnittlich 70 000 Mark täglich. Das Geld kommt aus Deutschland. Aber auch die Großindustriellen in O.-S. sind für den SSOS. eine ergiebige Geldquelle, so stifteten Rawatz u. Grünfeld in Beuthen 250 000 Mark".

Warum wohl geben die Juden den Hakenkreuzlern vom Geheimbund Geld? Weil diese Hakenkreuzler den Industriellen versprechen, der Arbeiterschaft das Rückgrad zu brechen, sie zu ohnmächtigen Ausbeutungsobjekten in militarisierten Betrieben zu machen.

Die Bewaffnung.

Waffen beschaffte sich die Geheimorganisation auf vielerlei Art. Sie ließen sie stehlen, sich von Freunden bei der Reichswehr schenken; sie werden von deutschen Fabriken mit ihnen versehen und vor allem gelangten die den mitteldeutschen Arbeitern bei der Hörsingschen Säuberungsaktion abgenommenen Waffen in die Hände der Geheimorganisation.

Alle Waffen wurden aus dem Reiche nach O.-S. geschmuggelt. Teils gingen sie in falsch deklarierte Waggonladungen als Marmelade, Obst, Maschinenteile usw., teils in Automobilen, die zu diesem Zweck in westdeutschen Fabriken mit doppelter Wandung gebaut wurden. Hatten solche Transporte zufällig das Malheur, von Arbeitern beanstandet zu werden, wie in Görlitz, Kohlfurt und Nimptsch, so sorgten Polizei- und Eisenbahnverwaltung dafür, daß der Transport „spurlos verschwand".

Unser Gewährsmann berichtet:

„Ein ganz besonderer Fall war das Heueinfahren." Besitzer, die ein durch die Abstimmungsgrenze geteiltes Wiesenstück besaßen, schmuggelten völlig unbehindert in ihren Heuladungen große Mengen von Waffen und Munition aller Art. Die Geheimorganisation pachtete auch selber solche Wiesenstücke."

Wie konnte es geschehen, daß dies alles der Arbeiterschaft monatelang verborgen blieb. Die Antwort lautet: Weil sie die Produktion und den Transport nicht kontrollierten, weil sie sich sagen ließ, daß solche Kontrolle überflüssig sei. Für jeden klassenbewußten Arbeiter, der diese Tatsachen mit klarem Kopf ohne parteipolitische Scheuklappen durchdenkt, sind sie in vielen Beziehungen außerordentlich lehrreich.

Die Zusammensetzung.

Um von der interalliierten Kommission unbehelligt arbeiten zu können befand sich die oberste Heeresleitung (OHL.) der Geheimorganisation in Breslau, Claasenstr. 6, im Hof links, 2. Tür, 1 Treppe, unter dem besonderen Schutz des Polizeipräsidenten Liebermann, des Kriminalkommissars Lys und des Vertreters des Staatssekretärs für öffentliche Ordnung, Weitzel.

Die Führer.

Der Zentrale in Breslau stand Hauptmann von Richthofen vor (Chef); seine Vertreterin war eine Dame (stellvertr. Chef), sein erster Adjutant Rittmeister Bogatsch (hier, Hohenzollernstr. 68), dem Büro Richthofen gegenüber befand sich das allgemeine Büro (mit einem großen Tresor), dem Lt. a. D. Richter vorstand. Dort wurden die Pläne von Offizieren ausgearbeitet, die oberschlesischen Kuriere abgefertigt u. dgl. mehr. Unbefugten war der Eintritt verboten. Zum Schein hatte man einige Damen angestellt und nannte sich „Firma" Zentner, Claasenstr. 6. Oberlt. Malcher teilte sich anfangs mit Lt. Richter in den Dienst, übernahm jedoch im Herbst das „Sammelkommando" in Breslau, das die Aufgabe hatte, Leute, die der Geheimorganisation angehörten, hier zu sammeln und nach Brieg zu überweisen, wo sie von dem dortigen Organisationsleiter Lt. Schmidt (Lehrer aus Baden) empfangen wurden. Die Leute erhielten hier von der Organisation Unterstützung und Schadenersatz und außerdem noch von der „Flüchtlingsfürsorge" des Roten Kreuzes die übliche Unterstützung. — Oberlt. Malcher hatte sein Büro unauffällig in der Lesehalle Bohrauer Straße, dicht neben dem des Roten Kreuzes.

Nicht nur die willkürliche Verhaftung unserer Führer, die willkürliche Unterdrückung unserer Presse, die Duldung der Zentrale der Geheimorganisation beweisen, daß die Breslauer Polizei im Dienste der Geheimorganisation steht. Auch folgende Tatsache ist sehr charakteristisch:

„Lt. Jung vom Selbstschutz war im Besitze eines Kriminalbeamtenausweises der Breslauer Polizei, welcher seine Spionagetätigkeit im Dienste der Geheimorganisation einen amtlichen Anstrich gab. Jung konnte selbständig Verhaftungen vornehmen lassen. Er ließ dann den betreffenden durch einen Grünen der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums vorführen. Eine kurze telephonische Verständigung des Kriminalhilfskommissars Lyß genügt, um jeden Beliebigen „zum Schutz der Landesverteidigung" unter dem dringenden Verdacht des „Verrats militärischer Geheimnisse" in Gewahrsam nehmen zu lassen.

Auf ähnliche Weise waren auch Selbstschutzmänner auf dem Breslauer Hauptbahnhof mit Kriminalmarken versehen, die alle Reisenden ohne weiteres kontrollierten und durchsuchten."

Die Entscheidung der Entente über Oberschlesien gießt nur Wasser auf die Mühlen der Orgeschbanden. Sie werden versuchen, neue blutige Abenteuer zu riskieren.

Die Haltung der deutschen Regierung, die sich zur Wortführerin der nationalistischen Oberschlesiensache macht, muß die Selbstschutzbanditen in ihren Plänen noch bestärken.

Der Arbeiterschaft drohen durch dieses Treiben neue und schwere Gefahren. Sie muß sich mit allen Kräften dafür einsetzen, daß die gegenrevolutionären Banden endlich entwaffnet werden.

Breslauer Nachrichten.

Verschwendung von Allgemein-Eigentum.

Bekanntlich wird die am alten Schlachthof gelegene, während des Krieges ausgebrannte Mittelmühle niedergerissen, um an dieser Stelle ein städtisches Elektrizitätswerk zu erbauen. Die Baufirma „Huta" führt für den Magistrat den Bau aus. Selbstverständlich hat ein Privatunternehmen nur das Profitinteresse und nicht das allgemeine Wohl im Auge. Aus diesem Grunde werden auch die durch Niederlegung des alten Mauerwerkes gewonnenen Ziegel nicht etwa weiterverwendet sondern zu Schutt zerstampft.

Wir sind der Meinung, daß der Magistrat vom Gewerkschaften- und Erwerbslosenrat mit Nachdruck auf diese Schweinerei aufmerksam gemacht werden muß. In Breslau sind Tausende von Erwerbslosen vorhanden, die froh sein würden, als Notstandsarbeiter die gebrauchten Ziegel wieder verwendungsfähig zu machen. Diese Regelung liegt nicht nur im Interesse des bis über die Ohren verschuldeten Magistrats.

Ausstellung von Kunst im Handwerk.

Am Sonntag, den 30. Oktober, wird in Breslau, Bischofstraße 13, die **Ausstellung der Gemeinnützigen Deutschen Hausratswerke, G. m. b. H., Breslau,** eröffnet. Die Ausstellung zeigt eine Reihe von mustergültigen Wohnungseinrichtungen nach Entwürfen unserer bedeutendsten deutschen Künstler, wie Prof. Peter Behrens, Neubabelsberg, Prof. Heinrich Tessenow, Hellerau, Prof. Schmidthenner, Stuttgart, Prof. Spannagel, Karlsruhe u. a., gleichzeitig Textilien, Keramiken, Metallarbeiten in volkstümlichen Techniken, auch für die Minderbemittelten erschwinglich. Die Gemeinnützigen Deutschen Hausratswerke sind ein Unternehmen, das unter Gewinnverzicht einerseits die Forderung des Geschmackes auch auf minderbemittelte Kreise überträgt, andererseits Gelegenheit geben will, durch einen sozial ausgestatteten Teilzahlungsvertrag die wirtschaftlichen Interessen des nicht begüterten Mittelstandes zu wahren. Gleichzeitig wird auch eine Ausstellung der Kunst-Vereinigung „Die Kornscheuer" (De Coornschuers) Haag mit Arbeiten der Impressionisten Liebermann, Gaul, Wolff bis zu den Expressionisten Lehmbruck, Bechstein usw. gezeigt. Die Ausstellung ist täglich unentgeltlich von 9—1 Uhr und 3—6 Uhr nachmittags geöffnet.

Rußland-Hilfe.

Es gingen nachstehende Beträge ein: Ortsgruppe Breslau 1915 M., Ueberschuß vom Kunstabend in Breslau 800 M., Dehmel, Breslau 20 M., Sammelliste Nr. 40 (Archimedes) 50 M., Sammelliste Nr. 7, 8, 9 (L.-H.-W.), 70,50 M., 64 M., 23 M., Sammelliste Nr. 2, 4, 8, 9 (Ortsgruppe Görlitz), 250 M., à Konto Marken und Broschüren Görlitz 67 M., Ortsgruppe Nieder-Salzbrunn 400 M., Ortsgruppe Sagan 192,15 M., Ortsgruppe Oels 600 M., Ortsgruppe Liegnitz 259 M., Jugendversammlung in Petersdorf i. R. 75 M.

Bekundet weitere Solidarität für Sowjetrußland!

Bezirks-Hilfskomitee Schlesien
des Komitees Arbeiterhilfe für Sowjetrußland.

Aus der Provinz.

Die Schandlöhne der Porzellanarbeiter und die bürgerliche Presse.

Wir werden um Aufnahme nachstehender Zeilen ersucht:

In der Montagnummer des Organs der Industriellen und Ausbeuter, des „Neuen Tageblattes" befindet sich ein Erguß, der dazu bestimmt ist, die öffentliche Meinung über die Löhne der Porzellanarbeiterschaft irre zu führen.

Die Löhne, welche von dem unternehmerfreundlichen „Neuen Tageblatt" angeführt werden, entsprechen in dieser Form nicht den Tatsachen. Wahr ist dagegen, daß die hier angeführten Löhne nur von sogenannten Spitzenverdienern erreicht werden, auf Grund ihrer intensiven Arbeitsleistung; es muß aber festgestellt werden, daß deren nur wenige in den einzelnen Betrieben zu finden sind. Außerdem sind bei diesen Löhnen sämtliche Kinderzulagen inbegriffen. Das „Neue Tageblatt" führt an, daß die angeblich hohen Verdienste in einer Woche erzielt worden sind. Demgegenüber ist jedoch festzustellen, wieviel Arbeitsstunden dazu gehören. Selbst den Höchstverdienern ist es unmöglich, in der 48stündigen Arbeitszeit die angeführten Löhne zu erreichen.

Das Auffallende bei der „Richtigstellung" ist, daß die Löhne der vielen Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen, die nicht im entferntesten an die dort angeführten Löhne heranreichen, nicht angeführt sind. Wir erinnern nur an die jungen Leute bis zu 18 Jahren und die ungelernte Arbeiterschaft, welche Löhne erreichen, die als existenzfähig überhaupt nicht zu bezeichnen sind.

Die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen werden erstaunt sein, was sie für Geld erhalten haben sollten, aber solches in Wirklichkeit nicht verdient haben. Der ganze Artikel soll ja nur dazu berufen sein, die Porzellan-Arbeiterschaft in der großen Oeffentlichkeit in Mißkredit zu bringen.

R. Friese, Schriftführer des Porzell.-Arb.-Verb.

Wer ist der Schuldige?

Der „Bote aus dem Riesengebirge" berichtet folgendes aus dem Schwurgerichtssaal:

Vor den Geschworenen stand am Sonnabend der Telegraphensekretär Georg Blasius aus Schreiberhau. Unterschlagung amtlicher Gelder, Beiseiteschaffung und Fälschung öffentlicher Urkunden in gewinnsüchtiger Absicht wurde ihm zur Last gelegt.

Blasius war 1898 bei der Telegraphenverwaltung eingetreten und hat bislang nur wegen einer dienstlichen Ordnungswidrigkeit eine geringfügige Disziplinarstrafe erlitten. Im November 1918 heiratete er in Kattowitz. Außer einer kleinen Aussteuer brachte die Frau nichts in die Ehe mit. Blasius hatte damals ein Monatsgehalt von 4- bis 500 M. Kurz vor der Hochzeit starb seine in Schreiberhau wohnende Mutter. Da auch seine Schwester, welche die Mutter gepflegt hatte, schwer erkrankte, beschloß er, seine Versetzung nach Schreiberhau zu beantragen, um auf diese Weise auch aus den unsicheren oberschlesischen Verhältnissen herauszukommen. Die Versetzung wurde zum 1. April 1919 genehmigt. Bei der Uebersiedlung machte die Frau große Schwierigkeiten, weil sich die Unmöglichkeit herausstellte, auch den Schwiegervater in die Schreiberhauer Wohnung mit aufzunehmen. In Schreiberhau ließ es die Frau zu unerquicklichen Szenen kommen. Eines Tages verbot sie dem Ehemann sogar das Betreten der Wohnung. Die Ehescheidungsklage wurde unvermeidlich. Während des Prozesses lebten die Eheleute in der Wohnung in getrennten Räumen. Blasius zahlte der Frau monatlich 180 M. zur Bestreitung des Unterhalts; seine Häuslichkeit versah er selbst, er kochte sich die kleinen Mahlzeiten, und nur das Mittagessen wurde in einem Gasthause eingenommen. Diese Umstände nahmen sein Diensteinkommen außerordentlich in Anspruch. Dazu kamen die Kosten des Ehescheidungsprozesses, die nach dem Gesetz der Ehemann auch als obsiegender Teil allein zu tragen hat, wenn die Ehefrau vermögenslos ist. Blasius mußte sogar die Vorschüsse des gegnerischen Anwalts zahlen. Die nun wachsenden Geldsorgen trieben Blasius vollends ins Wirtshuas, es graute ihm vor dem Nachhausegehen. Er machte Schulden, und seine Verpflichtungen wuchsen derart, daß er zu Unredlichkeiten seine Zuflucht nahm.

Blasius hatte die Kontrolle der Fernsprechzelle auszuüben. Er ließ die Gesprächsgebühren durch den Briefträger einziehen, steckte sich die Gelder in die Tasche und fertigte eine entsprechende Anzahl Zettel als Belege über nicht zustande gekommene Gespräche an. Die von den Beamtinnen ausgefüllten Kontrollzettel verschloß er in seinem Tischschube. Der zunehmende Umfang „nicht ausgeführter Gespräche" machte die Beamtinnen argwöhnisch. Sie stellten durch privateAufzeichnungen fest, daßBlasius in seineTasche wirtschaftete, und erstatteten im Juli d. J. dem Vorsteher des Amtes Anzeige. So kam es zum Zusammenbruch, den Blasius durch Aufnahme eines Darlehns von 3000 M. abzuwenden versucht hatte. Die durch die Unterschlagung der Gesprächsgebühren gemachten Einnahmen waren sehr gering, größer aber die durch andere Verfehlungen erzielten Vermögensvorteile. Es stellte sich heraus, daß Blasius auch Baukostenzuschüsse und andere Nebenleistungen einiger Fernsprechteilnehmer unterschlagen hatte. Die Beträge waren in den Büchern und Listen, die Blasius zu führen hatte, nicht eingetragen, was ein Vergehen für sich darstellt. Insgesamt ist die Postverwaltung um 3400 M. geschädigt worden.

Als Blasius seine Verfehlungen entdeckt sah, fuhr er nach Hirschberg und stellte sich freiwillig der Polizei, die ihn dem Gerichtsgefängnis zuführte. In der Voruntersuchung wie vor den Geschworenen legte er ein vollkommenes Geständnis ab. Infolgedessen trat der Vertreter der Anklage, Assessor Dr. Rohr, selbst für die Zubilligung mildernder Umstände ein. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Fränkel, bat ebenfalls um möglichst milde Verurteilung des Falles, bei dem das sonst erschwerende Moment der verbrecherischen Neigung vollständig ausscheide.

Das. Urteil lautete, nachdem die Geschworenen neben den Schuldfragen auch die Frage nach mildernden Umständen bejaht hatten, auf ein Jahr und vier Monate Zuchthaus. Auf Zuchthaus und außerdem auf 450 M. Geldstrafe mußte wegen Beiseiteschaffung öffentlicher Urkunden (der Fernsprechzettel) in gewinnsüchtiger Absicht erkannt werden. Die Untersuchungshaft wurde voll angerechnet. Von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nahm das Gericht Abstand, dagegen wurde dem Angeklagten die Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Aemter für die Dauer von fünf Jahren abgesprochen. Blasius verzichtete alsbald auf das Rechtsmittel der Revision.

Der „Bote", das bürgerliche Blatt wagt den ganzen Vorfall zu kritisieren mit der Ueberschrift „Eine Beamtentragödie". Aus dem Verhalten der Richter, aus der Verhandlung, aus dem Urteil leuchtet uns etwas anderes heraus: Die Verlegenheit. Das dunkle Atmen der Richter, daß hier die Gesetzesparagraphen doch nicht angewandt werden können. Ja noch mehr. Es schimmert heraus, daß hier weniger der Angeklagte, als der Kläger, der Staat, der Schuldige ist. Der Beamte war nach der Moral der bürgerlichen Weltordnung ehrlich, bis er sich verheiratete und zu spät einsah, daß er mit dieser Frau einen Fehltritt getan. Wie so viele, konnte er dann nicht so schnell loskommen. Die Ehezwistigkeiten trieben ihn ins Wirtshaus, die Scheidung kostete viel Geld. Die heutige Form der Ehe war einmal, in der frühesten Periode des Kapitalismus, berechtigt. Wie aber alles in der Welt sich ändert, so muß und hat sich auch die Ehe geändert. Die Aneinanderkettung bis zum Tode paßte dem entstehenden Staat und das Alte wurde auch in die neuen Verhältnisse hineingezwängt. Der Postbeamte mußte, um von einem Gesetz des Staates loszukommen, denselben, seinen Brotherrn betrügen. Jetzt kam er zwischen die Räder des Molochs Gesetz und wurde verurteilt, weil er als Mensch nicht anders handeln konnte. Doch, Gesetz bleibt Gesetz, auch wenn es vor fünfhundert Jahren geschaffen wurde und ein Mensch zugrundegerichtet wird. Der wahre Schuldige ist die heutige Gesellschaft. Jedes Ding ist einmal nützlich, dann wirds unnütz. So geht es dem heutigen Staat mit seinen Gesetzen.

Uns Kommunisten soll dieser Fall Blasius wieder zeigen, wie notwendig wir für andere Zustände zu kämpfen haben.

Autogenes Schneiden und Schweißen.

Die Breslauer Vertretung der „Chemischen Fabrik Griesheim Elektron" hatte zu Sonntag Vertreter der Presse, des Handels und der Industrie nach dem Tauentzien-Theater geladen. Es wurde ein technischer Film vorgeführt, der in vorzüglicher Weise die Herstellung der Produkte dieser Firma zeigte. Der Film führte uns zunächst die verschiedenen Werkanlagen vor Augen, zeigte uns klar die Herstellung von Wasserstoff und Sauerstoff und ihre Verbringung in Stahlflaschen. Diese beiden Produkte werden verwendet bei dem autogenen Schweißen und Schneiden. Diese beiden Arten der Bearbeitung von Metallen werden dann, nachdem uns der Herstellungsprozeß von Schweiß- und Schneidbrennern im eigenen Werk vordemonstriert ist, an verschiedenen Werkstücken zur Ausführung gebracht. Das Schweißen und Schneiden von Eisen, Stahl und Aluminium, das früher mit großem Zeit- und Materialaufwand betrieben wurde, hat sich durch die autogene Bearbeitung zu einem großen technischen Fortschritt ausgewachsen. Wir sehen, wie angefangen vom dünnsten Eisenblech, mit entsprechend konstruierten Schweißbrennern, bis zum stärksten und kompliziertesten Maschinenteil die saubersten Schweißnähte hergestellt werden, ohne daß die Gefahr besteht, daß Dehnungen und Verbrennungen wie beim Schweißen im Herdfeuer in Frage kommen. Eine große Errungenschaft in das autogene Schneiden mittels der vom „Elektron Griesheim" hergestellten Schneidbrenner. Durch Vorwärmung wird das Werkstück an der bestimmten Stelle zur Glutnähe gebracht. Durch einen starken Sauerstoffstrahl wird das flüssige Eisen aus der Trennungsstelle hinausgeblasen, wobei die Trennungsstellen äußerst sauber sind. Im Film wurde eine 50 Zentimeter starke Panzerplatte glatt durchgeschnitten. Die Firma „Elektron Griesheim" hat Apparate konstruiert, wo nicht nur Stücke gradlinig abgeschnitten werden, sondern durch drehbankähnliche, mit Supporten, an denen der Schneidbrenner läuft, versehene Apparate können runde und elipsenförmige Teile ausgeschnitten werden. Im Anschluß an die Filmvorführung fand eine Ausstellung von sämtlichen Produkten der Griesheim-Elektron" statt. Die Produkte der Griesheim-Elektron-Werke sind bekannt und selbst bei kleinen Handwerksmeistern, Schlossereien und Klempnereien findet der Schweißapparat Eingang. Der Film hatte nicht nur Interesse für Fachleute, sondern er war geeignet, dem Laien den Gang eines Produktes in klarer Weise zu zeigen. Auch in Schulen wird er zum Verständnis der Schüler, die in irgend einer Weise sich zu einem Beruf vorbilden, ausgezeichnete Wirkungen haben.

Altwasser. Am 25. Oktober sprach in einer öffentlichen Frauenversammlung die Genossin Schröder, Berlin, über das Thema: „Wann hat die Not der Hausfrau ein Ende?" In leichtverständlicher, klarer Weise legte sie dar, daß die Lebenslage des Proletariats immer mehr verschlechtert, daß in der „demokratischen Republik" Deutschland in bezug auf soziale Fürsorge sehr wenig getan wird und daß man immer noch die Frauen und Männer der Arbeit ausbeutet auf Teufel-komm-raus. Nur ein proletarischer Staat kann da durchgreifende Wandlung schaffen. So hat das proletarische Rußland als erster Staat die Frau wirklich frei gemacht, hat unendlich viel getan auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge und der Kindererziehung. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze Diskussion. Im Schlußwort wies die Referentin darauf hin, daß wir zur Verwirklichung des kommunistischen Gedankens nicht durch Reformen oder parlamentarische Mätzchen kommen, sondern daß nur der schärfste Klassenkampf das kapitalistische Ausbeutersystem beseitigen kann. Einige Neuaufnahmen waren der Erfolg der Versammlung.

Weigelsdorf. In der am 22. Oktober, abends 7½ Uhr, einberufenen Volksversammlung referierte Genosse Ullbrich (Breslau) über die schrecklichen Auswirkungen des Londoner Ultimatums. Genosse Ullbrich verstand es in einer der indifferenten Landbevölkerung verständlichen Art den politischen, wie wirtschaftlichen Werdegang der heutigen Situation zu schildern. Das gespannte Lauschen der Versammlungsteilnehmer (welche zum großen Teile aus SPD.-Leuten bestanden) und der gezollte Beifall am Schluß des Referats bewiesen, wie treffend der Redner aus dem Herzen der Arbeiter gesprochen hatte. Zur Diskussion meldete sich niemand. Im Schlußwort legte der Referent noch einmal eingehend die momentanen Verhältnisse in Sowjetrußland klar, und brandmarkte hierbei die verlogenen Berichte der rechtsstehenden (einschließlich der SPD.) Presse. Am Schluß der Versammlung ergab eine Tellersammlung, zur Deckung der Unkosten, den Betrag von 40,85 M.

Versammlungskalender.

KPD. Gottesberg. Mittwoch, den 2. November, öffentliche Volksversammlung. Der aus der Haft entlassene Genosse Klein-Scheyer spricht über: „Die Gegenrevolution in der schlesischen Verwaltung und Justiz". Erscheint in Massen!
Ortsleitung Gottesberg.

KPD. Peterswaldau. Sonntag, den 30. Oktober, nachm. 3 Uhr, bei Herrn Petrausch, große öffentliche Frauenversammlung. Thema: Wann nimmt die Not der Frauen ein Ende? Ref.: Genossin Schröder-Berlin.

KPD. Peterswaldau. Sonnabend, den 5. November, abends ½8 Uhr, Mitgliederversammlung, bei Klette. Vollzähliges Erscheinen notwendig. Ortsleitung Peterswaldau.

Zur Beachtung! Unterbezirk Waldenburg. Am Sonntag, den 30. Oktober, vormittags pünktlich 9 Uhr, findet im Schützenhaus der von der Unterbezirkskonferenz beschlossene Rednerkursus statt. Alle Teilnehmer müssen ½9 Uhr auf dem Büro sein im Schützenhaus zu Gottesberg. Auswärtige Genossen werden gebeten, früh genug von ihrem Orte wegzufahren, damit auch sie pünktlich erscheinen. Die Genossen, welche die Bahn benützen, fahren am besten bis zur Station Fellhammer.
J. A.: Scholze, Gottesberg.

KPD. Ortsgruppe Liegnitz. Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 4 Uhr im „Reichspräsident" Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Geißler über: Der Parteitag der SPD. in Görlitz.

KPD. Breslau. Montag, den 31. Oktober, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Referentenkursus. Alle Genossen, die sich dafür befähigt halten, mögen erscheinen. Ortsleitung.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Lützow 1956 und 1957.

Wiederverkäufer
kaufen billig und gut
Socken, Hemden, Unterhosen, Trikotagen, Garne, Zwirne, Kurzwaren, gute Wolle, Reichsbekleidung usw. bei
E. Lehnart, Breslau, Poststr. 7
Mustersendung p. Nachn. v. 100 M. an. Preisliste gratis.

Parteigenossen!
Es empfiehlt sich als
Hausschlächter
Paul Jahns, Groß-Ottersleben
Mittagsstr. 29.

CIRCUS BUSCH
Nur kurze Zeit!
Tägl. 7½, Sonnt. auch 3 U.
Der Sonntag
1 Kind frei, nachm. 3 U.
Über'n großen Teich
Das imposante Luftschauspiel
Wildwest
Neger — Indianer
Vorverk. Barasch u. Circuskasse

Ich bestelle hiermit ___ Exemplar der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung"
Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)
Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Abonnementspreis frei Haus monatlich 6.10 M., wöchentlich 1.50 M.
Name: ___
Beruf: ___
Ort: ___
Straße und Hausnummer: ___